

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Er erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verbandsstelle: Charlottenburg 1, Brabekestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 32

Berlin, den 9. August 1930

5. Jahrgang

Abbau der Sozialversicherung durch Diktatur.

Am 28. Juli d. J. hat der Reichspräsident eine Anzahl Verordnungen „zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“ auf Grund des Artikel 48, Absatz 2 der Reichsverfassung erlassen. Die fragliche Bestimmung der Reichsverfassung besagt, daß der Reichspräsident, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten kann, und zu diesem Zweck eine Reihe von Grundrechten ganz oder teilweise außer Kraft setzen darf. Diese Bestimmung wird also zur Rechtsgrundlage genommen zum Erlass von Verordnungen, die nicht nur der Deckung des Reichsetats und der Kommunalhaushalte, nicht nur der Durchführung der Osthilfe, nicht nur gewissen Preisregulierungen dienen sollen, sondern auch solchen, die ganz grundsätzliche Veränderungen des materiellen Rechts hervorragender wichtiger Sozialgesetze, nämlich der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und der Reichsversorgungsgesetze enthalten. Es soll nicht Aufgabe dieses Aufsatzes sein, juristisch den Nachweis zu führen, daß mit diesen Verordnungen der Rahmen des Artikels 48 weit überschritten sein dürfte, ein Nachweis, der vom klar erkennbaren staatspolitischen Grundgedanken dieses Artikels ausgehend, in der gegenwärtigen Situation wahrscheinlich un schwer zu führen wäre. Aber selbst wenn man denen recht geben wollte, die den Boden des Artikels 48 als ausreichende Rechtsgrundlage betrachten, so müßte man immer noch schärfste Kritik üben allein an der Tatsache, daß so wichtige Rechtsgebiete, wie gerade die Sozialgesetze, ohne eine abschließende Erörterung durch die gewählte Volksvertretung im Wege diktatorischer Maßnahmen zum Gesetz erhoben werden. So bleibt uns nur die Feststellung, daß eine Anzahl von Einzelbestimmungen, deren jede einer eingehenden öffentlichen Kritik und Nachprüfung hätte unterliegen müssen, und von denen keine in unmittelbarer Beziehung zu einer akuten Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung steht, von der Regierung unter hemmungslöser Ausnutzung einer günstigen Augenblickssituation dem deutschen Volke oktroyiert worden sind. In Kraft ist der allgemeine Abbau der Arbeitslosenunterstützung, in Kraft ist die ungerechte finanzielle Belastung der Kranken, in Kraft auch die Sperrung der Neubewilligung von Kriegsbefähigtenrenten. Durch keinerlei Einspruch der Arbeitervertreter im Parlament mehr gehindert, im Gefühle unbeschränkter Machtvollkommenheit hat die Regierung selbst einen Teil derjenigen Bestimmungen ihrer Entwürfe in Kraft gesetzt, die sogar der Sozialpolitische Reichsausschuß mit seiner bürgerlichen Mehrheit nicht gebilligt hatte. — hat sie darüber hinaus noch neue einschränkende Bestimmungen eingefügt.

In der Arbeitslosenversicherung ist beispielsweise alles was der Regierungsentwurf an großen Leistungsabbauvorschlägen enthielt, durchgeführt, insbesondere ist die unter dem Namen der Zentrumsabgeordneten Niesener, Leuschke bekannte Regelung des Unterstützungsabbaues in der Weise verwirklicht, daß alle Arbeitslosen, die nicht in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, ohne zwischenzeitliche Arbeitslosenunterstützung zu beziehen, von der Lohnklasse VII an nur noch geringe Sätze erhalten. Die Sonderregelung bei berufstätlicher Arbeitslosigkeit ist entgegen den Ankündigungen nicht aufgehoben worden. Die Unterstützungshöhe wird nicht mehr nach dem tatsächlichen Arbeitsentgelt, sondern nach der Höhe des vom Arbeitgeber abgeführten Beitrages berechnet. Bezüglich Ehegatten gleichzeitig die Unterstützung, so wird, wenn eine Unterstützung nach Lohnklasse VII bis VI gezahlt wird, die niedrigste um die Hälfte verfürzt. Auf die Unterstützung eines verheirateten Arbeitslosen ist das Einkommen seines Ehegatten anzurechnen, soweit es 35 RM in der Kalenderwoche übersteigt und nicht Familienzuschläge für zwei oder mehr Angehörige gewährt werden. Die Dauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung verfürzt sich um die Dauer der vorher auf Grund der gleichen Anwartschaftszeit gewährten Kriegsunterstützung. Die Sperrfristen bei unberechtigter Arbeitsverweigerung oder unberechtigter Arbeitsaufnahme sind grundsätzlich auf 6 Wochen festgesetzt mit der Möglichkeit der Verlängerung um die Hälfte und der Verlängerung bis zur doppelten Dauer. Gegenüber angebotener Arbeit darf der Unterstützungsempfänger sich auf die Gefährdung der Versorgung der Angehörigen nur noch berufen, wenn er sich um Beschäftigung nach auswärts handelt, womit der Schutz vor unterbezahlter Arbeit in tariflosen Betrieben stark eingeschränkt wird. Das Recht zur freiwilligen Aufgabe der Arbeit wurde etwas erweitert, namentlich soweit es sich um Aufgabe zwecks Teilnahme an Schulungskursen handelt.

Von ganz erheblicher Bedeutung sind auch die vorgenommenen Befreiungen von der Versicherungspflicht, die sowohl alle Beschäftigten, bei denen keine 50 Arbeitsstunden oder kein höheres Arbeitsentgelt als 10 RM in der Woche erreicht werden, sowie die im Rahmen der Arbeitsfürsorge stattfindende Beschäftigung Hilfsbedürftiger, soweit sie nicht 32 Stunden in der Woche beträgt und tariflich oder ortsüblich entlohnt wird, von der Versicherungspflicht ausnehmen. Die Jugendlichen

unter 18 Jahren sind zwar nicht von der Versicherungspflicht befreit, nachdem der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages sich hiergegen ausdrücklich ausgesprochen hatte, doch ist der Anspruch von Arbeitslosen, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ausgeschlossen, wenn ihnen ein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht, also in der weit überwiegenden Zahl der Fälle. Außerdem wurde die Wartezeit nunmehr für alle Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen unabhängig vom Lebensalter auf 14 Tage verlängert.

Diesen ungeheuren Verschlechterungen gegenüber stehen nur zwei geringfügige Verbesserungen des durch die Novelle des Vorjahres geschaffenen Rechts. Einmal sollen Lehrlingen Krankentage auf die Anwartschaft angerechnet werden, und des weiteren soll bei Wanderarbeitern, die täglich zwischen Beschäftigungsort und Wohnort hin- und herfahren, die Bemessung der Unterstützung nicht mehr wie bei Wanderarbeitern nach dem Lohn des Wohnorts erfolgen.

Im ganzen kann man feststellen, daß in der Verordnung nichts von alledem vergessen worden ist, was die Reichsregierung unter dem Einfluß des Unternehmertums an Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung geplant hatte.

Das zeigt sich auch bei den neuen Bestimmungen über die Finanzierung der Versicherung: der Beitrag ist vorerst bis zum 31. März 1931 auf 4,5 Proz. des maßgebenden Arbeitsentgelts

festgesetzt. Uebersteigt jedoch der Bedarf der Reichsanstalt ihre eigenen Mittel und ergibt sich, daß die für die Reichsanstalt im Plan zur Haushaltsführung 1930 vorgesehenen Zuschüsse und Darlehen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichend sind, so gewährt das Reich für dieses Haushaltsjahr nur die Hälfte des Mehrbedarfs als Zuschuß. Der Rest soll alsdann durch eine weitere allgemeine oder gruppenmäßig unterschiedliche Erhöhung des Beitrages hereingebracht werden. Da der Reichsregierung insoweit eine allgemeine Ermächtigung, wenn auch im Benehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt, gegeben ist, wird man noch mit einigen Ueberraschungen auf dem Gebiete des Beitrags rechnen dürfen.

Vom 1. April 1931 ab muß der Höchstbetrag der Darlehen im Haushaltsgesetze festgesetzt werden. Damit ist dem Verlangen der Deutschen Volkspartei entsprochen, die auf solche Weise durch Festlegung zu einem Zeitpunkt, in dem sich der tatsächliche Bedarf der Versicherung noch gar nicht übersehen läßt, die Abboselung der Leistungen durchzuführen sucht.

Der Geist, den diese „Reform der Arbeitslosenversicherung“ atmet, ist der Geist rücksichtslosester und unerbittlichster Klassengesetzgebung. Genau von den gleichen Tendenzen erfüllt sind auch die Änderungen der Krankenversicherung, über die in einem besonderen Aufsatz berichtet werden soll.

Trotz Reichstagsauflösung Notverordnungen.

Die Regierung Brünning ist nun doch dazu übergegangen, durch den Reichspräsidenten ihre Verordnungen zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände zu erlassen. Sie gelten wie vom Reichstag bestimmte Gesetze und enthalten mehr als die vom Reichstag vor seiner Auflösung abgelehnten Notverordnungen. Die Notverordnungen umfassen:

die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes, den Zuschlag zur Einkommensteuer, die Ledigensteuer, die Venderung des Tabaksteuergesetzes, die Bürgersteuer in Verbindung mit einer Gemeindebeitragssteuer sowie einer Gemeindehandwerkersteuer, außerdem auch die Reform der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und der Reichsversorgung, den Vollstreckungsschutz des Osthilfegesetzes, endlich auch noch Bestimmungen über die „Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen.“

Den sechsten Abschnitt der Verordnung bildet das Haushaltsgesetz für 1930.

Die Reichshilfe trifft die Personen des öffentlichen Dienstes, soweit sie über 2000 RM Gehalt im Jahr bekommen und die Lantienmenbezüger. Sie beträgt 2 1/2 v. H. vom versteuerbaren Gehaltsanteil.

Der Zuschlag zur Einkommensteuer in Höhe von 5 v. H. kommt für Personen, die über 8000 RM steuerpflichtiges Einkommen haben, in Frage.

Die Ledigensteuer bedeutet einen Zuschlag von 10 v. H. der Einkommensteuer. Als ledig gelten: nicht verheiratete sowie verwitwete und geschiedene Personen, vorausgesetzt, daß aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Befreit sind: unverheiratete Frauen, denen Kinderermäßigungen auf Grund der Vorschriften des EStG. zustehen, sowie Steuerpflichtige, die zum Unterhalt ihrer geschiedenen Ehefrau oder eines bedürftigen Elternteils seit einem Jahr mindestens 10 v. H. ihres Einkommens aufwenden und denen deshalb vor dem 1. Juli 1930 Steuerermäßigung erteilt worden war.

Die Bürgerabgabe ist gestaffelt. Ihre Höhe wird durch Landesgesetz bestimmt. Sie muß aber betragen für Personen mit einem Jahreseinkommen von

nicht mehr als 3 000 RM	mindestens 6 RM
darüber bis 25 000	12
darüber bis 50 000	50
darüber bis 100 000	100
darüber bis 200 000	200
darüber bis 500 000	500
über 500 000	1000

Die Steuer wird von allen im Gemeindebezirk wohnenden natürlichen, über 20 Jahre alten Personen erhoben. Sie darf nicht erhoben werden von Personen, die nach näherer Bestimmung der Verordnung Krisenunterstützung empfangen oder in öffentlicher Fürsorge stehen. Für einkommensteuerfreie Personen ermäßigt sich die Steuer auf die Hälfte des niedrigsten Satzes, für die von ihrem Manne nicht dauernd getrennt lebende Ehefrau auf die Hälfte des für den Ehemann geltenden Landessatzes.

Die Gemeindebeitragssteuer beträgt bei Einfachhäu 2,50, bei Schanbhäu 3,75, bei Vollhäu 5 RM und bei Starkhäu 7,50 Reichsmark pro Hektoliter. Wenn der Haushalt einer Gemeinde durch Wohlfahrtslasten in außerordentlichem Umfang belastet ist, ist die Gemeinde berechtigt, mit Zustimmung der Landesregierung neben der Gemeindebeitragssteuer eine Gemeindegetränksteuer auf alle alkoholischen und nichtalkoholischen Getränke mit Ausnahme von Milch zu erheben.

Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge werden um 1 Prozent erhöht, also von 3 1/2 auf 4 1/2 Proz. festgesetzt, durch Verschlechterungen werden außerdem 100 Millionen gespart und die Dauer der Sperrfristen und die Wartezeiten verlängert.

In der Krankenversicherung ist die Krankenscheingebühr und der Arzneikostenbeitrag diktiert und herabgesetzt worden.

Anmeldung von Rentenansprüchen für Kriegsbefähigte ist nicht mehr möglich.

Das sind die „Geschenke“ der Regierung Brüning für das Volk, mag dies den bürgerlichen Parteien am 14. September dafür den „Dank“ abtrotzen. Der Zentrumsabgeordnete Schlaß hatte schon recht, als er sagte, daß diese Regierung die reaktionärste seit der Revolution sei. Öffentlich überreicht die gesamte Arbeiterschaft den Regierungsparteien am Wahltag die verdiente Quittung.

Was die Sozialdemokratie tat und erstrebte.

In einer Abhandlung „Reichstagsauflösung und Neuwahl“ schreibt die „Gewerkschaftszeitung“ u. a.:

Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist es nicht schwer, in diesem kommenden Wahlkampf Stellung zu nehmen. Für sie versteht es sich ganz von selbst, daß sie ihre Stimme nur der Sozialdemokratie geben kann.

Die Sozialdemokratie hat in der Regierung Hermann Müller den Young-Plan zum Abschluß geführt und mit Stresemann die Rheinlandbefreiung erreicht.

Die Sozialdemokratie hat mit Severing der Lohnabbaupolitik des rheinisch-westfälischen Großkapitals einen Riegel vorgeschoben, den jetzt ein Zentrumsminister Stegerwald wirkungslos machte.

Die Sozialdemokratie hat mit Minister Wissell den Abbau der Sozialpolitik verhindert und sich insbesondere bis zum äußersten gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung gewehrt.

Die Sozialdemokratie hat durch Severing dem patristischen Nationalsozialismus die Mittel zur Errichtung seiner Ordnungszelle in Thüringen gesperrt.

Die Sozialdemokratie hat in der Opposition am nachhaltigsten den Kampf gegen die ungerechte Besteuerung der Konsumvereine geführt.

Die Sozialdemokratie ist den Brüning-Entwürfen zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung am schärfsten entgegengetreten.

Die Sozialdemokratie hat die arbeiterfeindlichen Angriffe auf die Krankenversicherung gebrandmarkt.

Die Sozialdemokratie hat die Entrechtung der Kriegsinvaliden und Wöchnerinnen zurückgewiesen.

Die Sozialdemokratie hat mit aller Schärfe die unsoziale Ledigensteuer bekämpft.

Die Sozialdemokratie hat aber nicht nur fruchtlose Opposition getrieben, sondern sie hat unaußersichliche Mittel und Wege zur Befreiung der Reichsfinanzen aufgezeigt.

Die Sozialdemokratie hat Steuern vorge schlagen, die auf den Besitz entsprechend seiner Tragfähigkeit beruhen.

Die Sozialdemokratie hat beantragt, die Kosten der Arbeitslosenversicherung durch erhöhte Beiträge und Reichszuschüsse zu decken. Nicht die Arbeitslosen dürfen das Opfer der Reichsfinanznot sein.

Die Sozialdemokratie hat die Vereinheitlichung der Organisation der Krankenkassen vorgeschlagen, die enorme Verwaltungskosten ersparen würde.

Die Sozialdemokratie hat eine Begrenzung der Pensionen der Großpensionäre beantragt, die den Reichshaushalt stark belasten und im Reichstagsauschuß bereits durchgeht.

Die Sozialdemokratie hat dem Spiel mit dem Diktaturparagrafen den äußersten Widerstand geleistet und damit die Demokratie verteidigt.

Die Sozialdemokratie hat die Wiederaufhebung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 erlassenen Diktatorverordnungen durchgesetzt.

Die Sozialdemokratie war es, die dadurch die Reichstagsauflösung erzwingen hat und erreicht, daß das deutsche Volk selbst entscheidet.

Die Sozialdemokratie hat an die Stelle der Diktatur, gestiftet einer volksfeindlichen Rechtsregierung die Volksbefragung gesetzt.

Die Sozialdemokratie hat damit die demokratische Republik vor dem Selbstmord bewahrt.

Ein deutscher Arbeiter, der sich das alles überlegt, kann gar nicht anders, als am 14. September der Sozialdemokratie

seine Stimme geben. Und jeder Arbeiter wird seine Mitarbeiter, seine Frau und wahlfähigen Familienangehörigen aufklären, daß keine Stimme des arbeitenden Volkes der Sozialdemokratie verlorengehen darf.

Die deutschen Gewerkschaften wissen, daß es in diesem Wahlkampf um die Zukunft der Arbeiterklasse und zugleich um die Existenz der deutschen Republik und ihres sozialen Inhalts geht. Sie fügen sich in diesem Kampfe um die Erhaltung der Republik einig mit der Sozialdemokratie für die Verteidigung der Sozialpolitik, für die Wahrung der Volkswirtschaft.

Deshalb vorwärts zum Kampfe für Demokratie und Sozialismus, für das arbeitende Volk, für die Sozialdemokratie!

Kernprobleme der Bauwirtschaft.

Von Dr. Günther Kühn, Berlin.

(Fortsetzung.)

Der Wohnungsbau umfaßt aber sowohl in der Vorkriegszeit — und heute ist es noch das gleiche — rund gerechnet nur ein Drittel der gesamten Bautätigkeit. Der weitaus größere Anteil entfällt dagegen auf den gewerblichen und öffentlichen Bau.

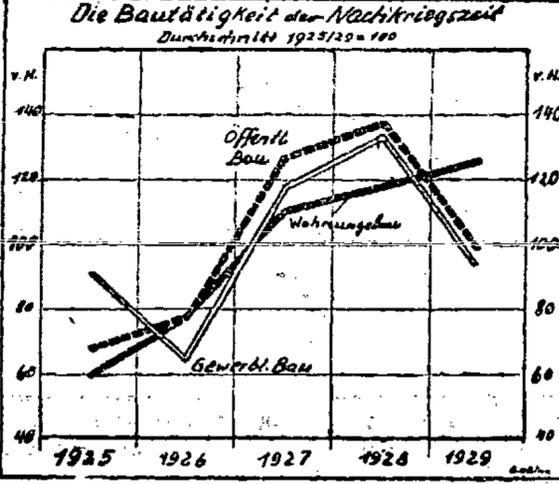
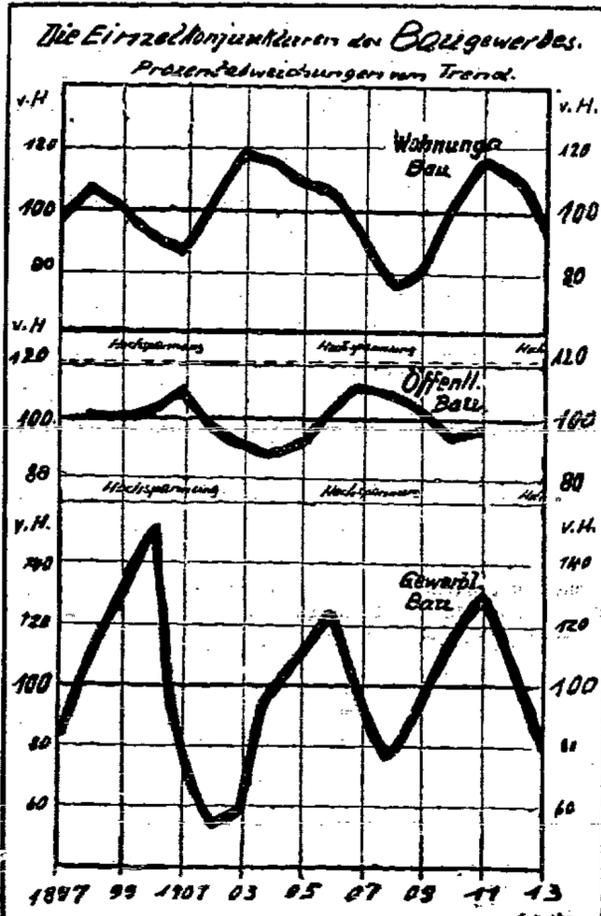
Jede dieser drei großen Gruppen weist grundsätzlich andere konjunkturelle Bewegungen auf. Der Wohnungsbau allein ist nicht stark genug, um die Gesamtbewegung der Bautätigkeit nach seinem Sinne zu beeinflussen, denn die öffentliche Bautätigkeit mit etwa dem gleichen Schweregewicht, wenn auch geringeren Ausschlägen nach oben und unten, zieht in genau entgegengesetzter Richtung.

Wohnungen wurden bei freier Wirtschaft besonders in der Depressionsperiode gebaut, dann, wenn die Zinssätze und Baupreispreise am niedrigsten lagen. Sobald sich aber die allgemeine Wirtschaftslage besserte und der Anstieg begann, ließ der Wohnungsbau wieder nach und kam ein Jahr nach der Hochspannung auf seinem tiefsten Punkte an. Dieser Zeitpunkt war es, in dem der öffentliche Bau den größten Umfang annahm. Die Hochspannung vorher hatte hohe Einnahmen gebracht und die Anlagen hatten sich als ausdehnungsbedürftig gezeigt.

Wie wichtig die Erkenntnisse über Konjunkturverlauf der Vorkriegszeit auch sind, so können sie doch nur unter großem Vorbehalt auf die jetzigen Jahre angewandt werden. Die Bauwirtschaft als Ganzes hat in der Zwischenzeit ihr inneres Wesen völlig verändert. Es ist nicht mehr so wie früher, als die freie Wirtschaft die Bewegungen im wesentlichen bestimmte. Heute ist die öffentliche Hand im Bauwesen der entscheidende Faktor, etwa zwei Drittel aller deutschen Bauwerte können von ihr im Zeitpunkt ihrer Vergebung beeinflusst werden.

Der Staat besitzt damit die Möglichkeit, auf die Konjunktur und Saison ausgleichend zu wirken, damit die Rentabilität aller Betriebe der Bauwirtschaft zu heben und zielbewusste Arbeitsmarktpolitik zu treiben: eine Gelegenheit wird er nie noch niemals besaß. Bei dem hohen Anteil menschlicher Arbeit im Bauwesen (rund 3 Millionen Beschäftigte fast ausschließlich männlichen Geschlechts) ergibt sich damit eine Gelegenheit, auf die gesamte Konjunktur überhaupt einzuwirken, wie sie kein anderer Wirtschaftszweig jemals bieten kann.

Der Wohnungsbau, dem von Seiten des Staates — allerdings mehr aus sozial als aus wirtschaftspolitischen Gründen — eine starke Förderung zuteil wurde, weist zwar eine — also auch in den Jahren schlechter Wirtschaftslage — gleichmäßige Steigerung auf. Beim öffentlichen Bau ist jedoch bisher von Bestreben zum Ausgleich nur wenig zu spüren. Die Nachkriegszeit in der Wirtschaftslage von öffentlichem Bau und gewerblichem Bau, der seiner Natur nach rein konjunkturell verläuft, beweist eindeutig, wie wenig auf diesem Gebiet bisher getan worden ist. Die Abweichungen im Jahre 1929 dürften auch weit weniger auf bewußte Konjunkturpolitik als auf die damalige günstige finanzielle Lage des Staates zurückzuführen sein, jetzt jedoch sinkt die öffentliche Bautätigkeit in dem gleichen Maße ab wie die gewerbliche, und es kann heute bereits als feststehende Tatsache bezeichnet werden, daß auch der Wohnungsbau im Jahre 1930 durch das Versagen öffentlicher Finanzierung in einem Maße zurückgehen wird, wie man es bisher für undenkbar hielt.



ren sein, jetzt jedoch sinkt die öffentliche Bautätigkeit in dem gleichen Maße ab wie die gewerbliche, und es kann heute bereits als feststehende Tatsache bezeichnet werden, daß auch der Wohnungsbau im Jahre 1930 durch das Versagen öffentlicher Finanzierung in einem Maße zurückgehen wird, wie man es bisher für undenkbar hielt.

Die Saisonschwankungen.

Von wesentlicher Bedeutung als die Konjunkturschwankungen sind für die Bauwirtschaft die der Saison. Jeder einen Konjunkturzyklus gesehen ist der Verlauf, der durch die Saison entsteht, mindestens doppelt so hoch zu veranschlagen wie der Verlauf durch schlechte Konjunktur.

Bisher aber hat man die Saisonschwankungen im Baugewerbe nicht im geringsten beachtet, man wußte, daß im Winter weniger gebaut wird als im Sommer und hielt diese Erscheinung deshalb für naturgegeben und unabänderlich. Die geringe Bedeutung, die man diesen Fragen bisher zugewiesen hat, geht aus deutlichsten daraus hervor, daß das Institut für Konjunkturforschung in seiner kürzlich erschienenen Arbeit über die „Dynamik des Baumarktes“ (Sonderheft 17) diese Fragen mit keinem Worte streift.

(Fortsetzung folgt.)

Unser Verband im Jahre 1929.

Das Finanzwesen.

Nicht allein die Zahl der Mitglieder ist für die Stärke einer Organisation maßgebend. Entscheidend im Wirtschaftskampfe ist neben der Mitgliederzahl, die gewiß einen großen Einfluß ausüben kann, auch der Geist, der die Mitglieder befeuert, und nicht zuletzt die finanzielle Rüstung der Organisationen. Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer sind der beste Beweis dafür, was gut gefüllte Kassen in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen ausmachen. Es ist doch nur die Kapitalmacht, die den Unternehmern den überlegenen Einfluß im finanziellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben verschafft. Um je reichlicher ist das Bestreben der Arbeiterorganisationen, sich gleichfalls finanziell zu rüsten, um den sozialen Gegenpartnern möglichst mit gleichen Mitteln entgegenzutreten zu können. Es ist nicht nur ein berechtigtes Bestreben, sondern die Gewerkschaften sind geradezu verpflichtet, ihre Kassenverhältnisse möglichst günstig zu gestalten. Dessen günstiger sind die Ansichten im Wirtschaftskampfe, desto weniger werden sie durch die Auseinandersetzungen erreicht sein und desto wirkungsvoller kann die materielle Unterstützung sein, die die Verbände ihren in Not befindlichen Mitgliedern zu gewähren vermögen.

Ergebnis beweist aber auch, daß die Erziehungs- und Aufklärungsarbeit an den Mitgliedern reiche Früchte getragen hat. Daß die Mitglieder trotz der schweren materiellen Belastungen, denen sie durch Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit ausgesetzt waren, ihrem Verbands so die Treue hielten und diese Treue auch bekräfteten durch eine pünktliche und richtige Beitragszahlung, ist ein Beweis und ihrer gewerkschaftlichen Einsicht ein Beweis für das Bewußtsein aus. Nicht nur zu den imperialistischen Kriegen gehört Geld, Geld und wiederum Geld, auch im Wirtschaftskampfe ist ohne genügende Geldmittel nichts auszurichten. Die gewerkschaftliche Stärke allein tut es nicht, auch der Idealismus allein kann die wirtschaftlichen Schlägen nicht schlagen und vor allem nicht siegreich beenden. Dazu gehören auch starke finanzielle Mittel, die zur Verfügung stehen müssen. Den Unternehmern ist es viel leichter, diese Geldmittel anzukammeln. Deswegen ist das Verdienst der Arbeiter und Arbeiterinnen, die von ihrem ohnehin knappen Lohn ein so gutes, gesundes Finanzwesen in ihrem Verbands aufbauen konnten.

Wir weisen hier darauf hin, daß gefüllte Kassen auch eine wirksamere Unterstützung der Mitglieder in den wirtschaftlichen Notlagen des Lebens erlauben. So sind denn auch die Ausgaben für Unterstützungszwecke im Jahre 1929 um mehr als 200 000 RM gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Wieviel für die einzelnen Unterstützungsarten ausgegeben wurde, weist die folgende Tabelle aus:

Table with 2 columns: Year (1928, 1929) and Amount (RM). Rows include: Kassenbestand vom Vorjahr, Einnahmen aus Beiträgen, sonstige Einnahmen.

Table with 2 columns: Year (1928, 1929) and Amount (RM). Rows include: An Reisende, An Arbeitslose, An Kranke, Rückzahlung Vermögensgeld, Kollegenunterstützung, Sterbegeld, Gemahlagelienunterstützung, Streifenunterstützung.

Ergebnis des Jahres ist keine Mitgliederzunahme verzeichnet worden, ist die Einnahme aus den Beiträgen um mehr als 3 1/2 Mill. RM gestiegen, und das trotz der verhältnismäßig hohen Arbeitslosenzahlen. Dieses

Von 1927 zu 1928 war die Steigerung der Ausgaben für Unterstützungen aller Art ja ganz erheblich höher. Die verheerend aber in den letzten beiden Jahren die Arbeitslosigkeit in den Reihen unserer Mitglieder gewirkt hat, zeigen die Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung sehr deutlich. Im Jahre 1928 mußten an arbeitslose Mitglieder rund 1 Mill. RM an Unterstützungen mehr gezahlt werden als 1927. Und im Jahre 1929 abermals eine Steigerung um 1 Mill. RM. In diesen Zahlen brückt sich unter ganzes wirtschaftliches Elend aus. Zu Anfang des Jahres die abnormen Witterungsverhältnisse und zum Schluss die hereinbrechende Wirtschaftskrise, das ist es, was die Zahlen so hoch ansteigen ließ. Noch mehr als die Hundertfache der arbeitslosen Mitglieder zeigt die Mehrausgabe für Erwerbslosenunterstützung, wie gerade die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes unter dem Schicksal der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Es zeigt sich aber auch sehr deutlich, wie wertvoll die Unterstützungsleistungen unserer Organisation sind. Ohne die fühlbare materielle Hilfe, die der Verband seinen arbeitslosen Mitgliedern leisten konnte, wäre bei der katastrophalen Arbeitslosigkeit der Mitgliederverlust ganz ungeheurer gewesen, während so nur ein Rückgang um 1,7 Proz. zu verzeichnen war.

Die Ausgaben für die Krankenunterstützung hielten sich ziemlich auf der gleichen Höhe, dagegen mußte für den Rechtschutz verhältnismäßig viel mehr aufgewendet werden als 1928. Sehr erheblich ist auch die Steigerung beim Vermögensgeld, sie beträgt über 70 000 RM mehr gegenüber den Ausgaben im Jahre 1928. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß gerade die vielfachen Betriebsstilllegungen und die Unmöglichkeit, jemals wieder an alten Orte Arbeit und Verdienst zu finden, viele Kollegen veranlaßt haben, ihr Bündel zu schnüren und an einem anderen Orte wieder ihr Glück zu versuchen. Bei der Vollageunterstützung, dieser außerordentlichen Hilfe, ist eine geringe Senkung der Ausgaben festzustellen. Die Ausgaben für diese Art von Unterstützung gehen von Jahr zu Jahr zurück, da die anderen Unterstützungsabteilungen unseres Verbandes ja immer besser ausgebaut werden. Die Summen für Sterbegeld sind dagegen im Jahre 1929 um mehr als 58 000 RM höher als 1928.

Gesunken sind die Ausgaben für die Gemahlagelienunterstützung. Da die Reichsreform die Zugehörigkeit zu einer wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitnehmer schließt, und insbesondere auch die gewerkschaftliche Vertretung, dürften eigentlich überhaupt keine Maßnahmen mehr vorzunehmen. Trotzdem verhalten die Unternehmer es gelegentlich immer wieder, einzelne unliebsam gewordene Arbeiter und Arbeiterinnen für ihre gewerkschaftliche Vertretung dadurch zu strafen, daß sie die „Agitatoren“ entlassen. In den meisten Fällen gelingt ihnen das ja nicht. Aber immerhin wird es hin und wieder versucht. Diesem Bestreben nach „Reinigung“ ihrer Betriebe war die Wirtschaftslage im verflochtenen Jahre sehr günstig, weil sie eine unermesslich hohe Zahl von Betriebsstilllegungen und Betriebsstilllegungen zur Folge hatte.

Für reine Kampfzwecke, also für Streifenunterstützung, ist im Jahre 1929 eine ganz bedeutend geringere Summe ausgegeben worden als 1928. Die trüben wirtschaftlichen Verhältnisse legten den Gewerkschaften ja in der Lohn- und Tarifpolitik eine gewisse Zurückhaltung auf, so daß es nicht zu großen Auseinandersetzungen kam. Daß trotzdem auch in der Lohnfrage Erfolge erzielt werden konnten, teilweise sogar recht erfreuliche Erfolge, zeigt, daß die Wirtschaftslage nicht allein maßgebend ist für die Möglichkeiten in Lohn- und Tariffragen. Ganz ausbleibende Kämpfe zu beginnen, ist aber ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und an der Organisation, die an verlorenen Streiks immer recht lange und nachhaltig zu leiden hat.

Aus der Zusammenstellung ist ersichtlich, daß ein recht ansehnlicher Teil der von den Mitgliedern aufgetragenen Beiträge in der Form von Unterstützungen wieder an die Kollegen und Kolleginnen zurückgefließen ist. Im nächsten Jahr wird sich das Bild noch ganz erheblich ändern, da dann die Ausgaben für den neuen Unterstützungsabteilung für die Invalidenunterstützung, in Erscheinung treten werden.

Im folgenden wird eine Uebersicht über die Verteilung der Gesamtausgaben im Jahre 1929 gegeben. Zum Vergleich wurden die entsprechenden Zahlen für 1928 mit angegeben.

Table with 3 columns: Category, 1928 (RM), 1929 (RM). Rows include: Für Unterstützungen aller Art, Als Anteil der Zahlstellen, An die Gausleitungen, Druck- und Versandkosten des Protokollariats, Für das Schulwesen, Für Gehälter und Versicherungsbeiträge, Entschädigung für Sitzungen, Revisionen, Konferenzen, Tarifverhandlungen, Drucksachen und Buchdruckerarbeiten, Büromiete, -möbel, -materialien, Licht-, Heizung, Reinigung, Schreib- und Rechenmaschinen, Versand- und Packmaterial, Für Zeitschriften, Bücher und Honorare, Für Verwaltung, Zuschuß, Rückzahlung, Darlehen an die verschiedenen Zahlstellen, Für Porto, Telefon und sonstige Gebühren, Für Kraftwagen und Kraftwagenbedarf, Beiträge an den Allg. Deutsch. Gewerkschaftsbund und internationale Verpflichtungen, Keramikerverbund (einschl. Zeitung), Agitation, Ausstellungen, Film, Sonstige Ausgaben, An den Vermögensbestand, Kassenbestand 4. Quartal.

Entsprechend den gesteigerten Einnahmen an Beiträgen sind auch die Anteile der Zahlstellen gestiegen, und zwar um mehr als 1 1/2 Mill. RM. Für den Druck und den Versand des „Protokollariats“ mußten rund 46 000 RM mehr aufgewendet werden. Im letzten Jahre war die Seitenzahl ja fast immer größer, und die Ausstattung des Unterhaltungssteiles mit Bildern usw. erforderte auch mehr Mittel. Die Ausgaben für das Schulwesen hielten sich unmaßstäblich auf der gleichen Höhe.

Für die Verwaltung, für Zuschuß, Rückzahlung und Darlehen an die verschiedenen Zahlstellen ist dagegen eine ganz bedeutende Minderausgabe festzustellen. Die gute Beitragsleistung der Mitglieder kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich viele Zahlstellen, die früher Zuschüsse erforderten, nun selbst finanzieren können.

Besondere Agitationsveranstaltungen und die Beteiligung an Ausstellungen usw. erforderten im Jahre 1929 135 684,92 RM. Aber es muß beachtet werden, daß in dieser Summe auch die Herstellungskosten für unseren Verbandsfilm „Aufstieg“ enthalten sind; das ist ein Kapital, das sich gewiß gut verzinsen wird, dafür bürgt die vorzügliche Agitationswirkung dieses von allen Seiten anerkannten Films.

Dem Vermögensbestand wurden nicht ganz 2 Mill. RM mehr zugeführt als 1928, auch der Kassenbestand weist eine Steigerung um fast 1 1/2 Mill. RM auf.

Das Jahr 1930 hat sich bisher wirtschaftlich nicht günstiger gezeigt als 1929. Zwei Maß durchlebt die Arbeiterschaft gegenwärtig eine der schwierigsten Situationen, die ihr je begegnet

Wann beginnt die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung?

Die Arbeitgeber haben nach § 317 der AVO die Pflicht, die Arbeitnehmer, die bei ihnen in ein Beschäftigungsverhältnis treten und sofern für sie die Voraussetzungen der Versicherungspflicht gegeben ist, binnen drei Tagen bei der zuständigen Krankenkasse anzumelden.

Es wird von den Arbeitnehmern vielfach angenommen, daß ihre Krankenmitgliedschaft mit dem Tage beginnt, an dem sie vom Arbeitgeber bei der Kasse angemeldet worden sind. Um es gleich zu betonen: Der Beginn der Mitgliedschaft bei der Kasse hängt nicht von dem Tage der Anmeldung durch den Arbeitgeber ab. Auch wenn die Anmeldung vom Arbeitgeber erst am zweiten oder dritten Tage nach dem Eintritt in die Beschäftigung oder gar erst noch später vorgenommen worden ist, die Mitgliedschaft beginnt stets mit dem Tage des Eintritts in die Beschäftigung. Mit dem Eintritt in die Beschäftigung, mit dem automatisch die Versicherungspflicht beginnt und damit auch die Mitgliedschaft bei der zuständigen Krankenkasse beginnt, erwirbt der Arbeitnehmer zugleich, also ebenfalls automatisch, das Recht auf die Leistungen, die die Krankenkasse gewährt. (Für die Leistungen der Wochen- und Familienhilfe ist allerdings eine gewisse Versicherungsdauer vorgeschrieben.)

Eine weitere Frage ist nun: Beginnt die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse mit dem Beschäftigungsbeginn, d. h. mit der Aufnahme der Arbeit im Betrieb, z. B. um 7 Uhr morgens, oder beginnt die Mitgliedschaft schon früher? Beginnt die Mitgliedschaft vielleicht schon mit dem Arbeitsbeginn?

Es gibt verschiedene Meinungen, die vertreten die Meinung, die Versicherung bei der Kasse beginne erst mit der tatsächlichen Aufnahme der Arbeit, denn von diesem Zeitpunkt läuft auch erst der Entgeltbezug des Arbeitnehmers. Diese Ansicht, daß die Mitgliedschaft mit der Aufnahme der Betriebsbeschäftigung beginnt, ist auch unter den Arbeitnehmern gang und gäbe. Aber nichtsdestoweniger ist diese Ansicht falsch und überholt.

Arthur Schmit, 25 Jahre Redakteur.

Am 1. August feiert der Schriftleiter der Wochenzeitung des Deutschen Bauergewerksbundes, „Der Grundstein“, unser Kollege Arthur Schmit, sein fünfundsiebzigjähriges Redakteurjubiläum. Kollege Schmit ist besonders den Berliner Gewerkschaftskollegen bekannt, denn von den 29 Jahren seiner vollamtlichen Tätigkeit entfallen fast 23 Jahre auf Berlin. Arthur Schmit ist von Beruf Dfenormer. Schon in jungen Jahren zur Kämpferorganisation gekommen, bekleidete er dort bis zu seiner Wahl zum zweiten Zentralvorsitzenden im Kämpferverband schon wichtige Funktionen. Auch war er schon frühzeitig journalistisch sowohl für das Verbandsorgan als auch für die Parteipresse tätig. Das Amt des zweiten Zentralvorsitzenden im Kämpferverband bekleidete er bis zum Jahre 1906. In diesem Jahre wurde im Kämpferverband die Stelle eines Redakteurs geschaffen, welche Arthur Schmit übertragen wurde. Daß er dieses Amt zur vollen Zufriedenheit der Gesamtmitgliedschaft ausgeübt hat, beweist seine ständige Wiederwahl. Er hat dies Amt dann auch solange geführt bis „Der Kämpfer“ einging. Mit der Errichtung des Bauergewerksbundes kam Arthur Schmit nach Hamburg in die Redaktion des „Grundstein“, wo er seitdem das Amt des ersten Schriftleiters ausübt. Auch dies war ein Beweis der Wertschätzung der Fähigkeiten des Kollegen Schmit. Mit der Uebertragung des Bauergewerksbundes und damit auch des „Grundstein“ nach Berlin ist Arthur Schmit nach dem Ausgangspunkt seiner Tätigkeit als Gewerkschaftsredakteur zurückgekehrt. Unser Jubilar ist über die rein gewerkschaftlichen Bestrebungen hinaus auch ein eifriger Förderer der Bestrebungen der Gemeinschaftsarbeit der Gewerkschaftsredakteure, um die Gewerkschaftsarbeit ebendort in die Front der Großmacht Presse einzureihen. Er ist sich stets der Bedeutung bewußt gewesen, die diese Großmacht und auch die Gewerkschaftsarbeit besitzt, die schon seit langem weit über den Rahmen eines reinen Mitgliederorgans oder Mitteilungsblattes für Vereinsmitglieder hinausgewachsen ist. — Zu seinem Vierteljahrhundertjubiläum als Gewerkschaftsredakteur wünschen wir dem Kollegen Schmit noch viele Jahre erprießlichen Schaffens im Dienste der freien Gewerkschaftsbewegung. Vor allem möge er seinen Humor und seine Lebensfreude behalten.

Wann beginnt die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung?

Wann beginnt nun eigentlich die Mitgliedschaft? Nach § 308 der AVO beginnt die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger mit dem Beginn des Tags des Eintritts in die Beschäftigung.

Also, die Mitgliedschaft beginnt mit dem Tage des Eintritts in die Beschäftigung, und darauf „beginnt mit dem Tage“ ist besonders Gewicht zu legen.

Ein Beispiel: A. erhielt den Auftrag, sich am 6. d. M. auf einer bestimmten Arbeitsstätte zu Beginn der Arbeit einzufinden. Auf dem Wege zur Arbeitsstätte erkrankt A. Diese Erkrankung macht A. arbeitsunfähig. A. hat auf Grund dieser Erkrankung bereits Leistungsansprüche an die Krankenkasse. Der Anspruch ist deshalb begründet, weil, wie § 308 AVO, ja sagt, die Mitgliedschaft mit dem Tage des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung beginnt.

Der Tag des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung beginnt mit dem Beginn des Tages selbst, also von 12 Uhr nachts ab. Für die Kasse besteht z. B. die Leistungspflicht für die Niederkunft, wenn diese um 2 Uhr morgens erfolgt ist, und die Wöchnerin im Laufe desselben Tages die Beschäftigung anzutreten gehabt hätte.

Diesen hier gemachten Ausführungen liegen Entscheidungen der Versicherungsgerichte zugrunde. So sprach sich das Reichsversicherungsamt in einer grundsätzlichen Entscheidung vom 22. Dezember 1927, Nr. 3171, Unf. Nachr. 928, S. 182, dahin aus, daß die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger im Sinne des § 308 der AVO mit dem Beginn des Tags des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung beginnt. Auch das Oberversicherungsamt Merseburg hat in einer Entscheidung vom 1. Dezember 1928 (Deutsche Krankenkasse, Nr. 23/1930, S. 671) so entschieden.

Um zusammenzufassen: Die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse beginnt nicht erst mit der tatsächlichen Aufnahme der Arbeit, sondern bereits mit dem Beginn des Tags des Eintritts in die Beschäftigung. R. P. o. p.

Berufsgenossenschaften.

Der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, dem sämtliche 47 gewerblichen Berufsgenossenschaften angehören, repräsentiert die Reichs-Unfallversicherung der in 956 000 gewerblichen Betrieben versicherten 11 980 000 Arbeiter mit einer Lohnsumme von 22,7 Milliarden RM. Im Jahre 1929 wurden bei 288 Millionen Gesamtausgaben 230 Millionen RM Unfallentschädigungen ausgezahlt. Diese Zahlen dokumentieren die Bedeutung der Berufsgenossenschaften im deutschen Wirtschaftsleben und in der Sozialpolitik. Bekannt sind ferner die für alle Kulturländer der Welt vorbildlich gewordenen Unfallverhütungsmassnahmen der deutschen Berufsgenossenschaften.



Schiedspruch für die Gruppe V, Thüringen.

Nach gescheiterten Partei- und Einigungsverhandlungen sagte am 28. Juli die eingesetzte Schlichtungskammer. Nach mehrwöchigen Beratungen wurde der nachstehende Schiedspruch gefällt:

Abschrift

Schiedspruch.

Die für die Gruppe V des Schutzverbandes Deutscher Glasfabriken gültigen Lohn tafeln

A. Chemisch-technische Branche.

B. Flakon-Fachgruppe,

die bis zum 30. Juni 1930 in Kraft waren, werden vom 1. Juli 1930 wieder in Kraft gesetzt.

Diese Lohn tafeln können erstmals zum 31. Dezember 1930 mit vierwöchentlicher Frist gekündigt werden. Wird zu diesem Termin nicht gekündigt, laufen die Lohn tafeln mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen zum Monatsende weiter.

Erklärungsfrist bis Mittwoch, den 6. August 1930.

Erfurt, den 29. Juli 1930.

ges.: Oberreg.-Rat Höpfer
Vorsitzender.

Leider hat die Schlichterkammer gegen den Willen der Arbeitnehmer nur eine Laufzeit für die vorgeschlagene Lohnregelung bis zum 31. Dezember 1930 vorgegeben. Sollte die Entscheidung der Parteien für Annahme des Schiedspruches ausfallen, so haben wir leider den bedauerlichen Zustand, daß für die Gr. V im Anfang des nächsten Jahres erneute Verhandlungen aufgegriffen werden müssen. Das Bestreben der Arbeitnehmer-Organisation wird nach wie vor sein, in diesen Verhandlungen einen einheitlichen Ablaufstermin gleich den anderen Gruppen durchzusetzen, damit zukünftige Lohnbewegungen für die gesamte deutsche Weichhohlglasindustrie möglichst einheitlich und gemeinsam für alle Gruppen geführt werden können.

durch gehobene Löhne ein Ausgleich geschaffen wird, um die durch Mechanisierung und Mechanisierung gesteigerte Produktion abgeben zu können. Auch die jetzt vorhandenen Anzeichen des Bürgerblockregimes sprechen deutlich für eine alsbaldige Steigerung der Preisverhältnisse, so daß nicht über einen Abbau der Löhne verhandelt werden kann, sondern die Forderungen der Arbeitnehmer in den Verhandlungen die Priorität haben müssen.

Die Verhandlungen mußten, wie zu erwarten war, ergebnislos abgebrochen werden. Von den Arbeitnehmern ist das Reichsarbeitsministerium um Bestellung eines Sonderrichters ersucht worden; die Arbeitgeber haben sich mit Unterstützung des Sächsischen Wirtschaftsministeriums um die Bestellung des zuständigen Richters, Herrn Hauschild, bemüht. Es ist an dieser Stelle die Frage aufzuwerfen, was das Sächsische Wirtschaftsministerium mit der Bestellung des Richters zu tun hat. Soll von dieser Stelle aus eventuell dafür gesorgt werden, daß der Richter den Abbauplänen der Arbeitgeber Rechnung trägt? Mit einem derartigen Vorgehen würde sich

das Sächsische Wirtschaftsministerium zu einer einseitigen Handlung herbeilassen, die von uns an anderer Stelle noch besprochen werden müßte. Außerdem würde das Vorgehen des Sächsischen Wirtschaftsministeriums nicht zur Umkehrbelung der Mitgliedschaft dienen, da die Arbeitnehmer unter keinen Umständen irgendwelche Lohnverfälschungen ertragen können, und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln sich dagegen auflehnen würden.

Wir wollen hoffen, daß das Reichsarbeitsministerium in objektiver Art und Weise die Bestellung des Richters vornimmt, damit wir nicht als Arbeitnehmer es zu einer öffentlichen Ablehnung des nach unserer Auffassung einseitig beeinflussten Herrn kommen lassen müssen.

Den Arbeitgebern der Verbandsgruppe IV, denen wir in den Verhandlungen schon die Erklärung abgegeben haben, daß wir jede Lohnherabsetzung bekämpfen werden, sei an dieser Stelle erneut gesagt, von ihren geplanten Maßnahmen Abstand zu nehmen, da sonst der Wirtschaftsfrieden in der Weichhohlglasindustrie Sachsens stark gefährdet ist.

Lohnverhandlungen in der Gruppe IV, Sachsen.

Auf Grund der erfolgten Tarifauflösung durch beide Parteien in der Verbandsgruppe IV wurden am 25. Juli Verhandlungen in Dresden zum Neuabschluß eines Lohnvertrages aufgenommen. Der gegenwärtige Standpunkt: hier Lohnaufbau — hier Lohnabbau ist bei den vorausgegangenen Verhandlungen in den Verbandsgruppen I—III schon mit einer Schärfe vertreten worden, wie selten bei Verhandlungen in den letzten Jahren.

Die Arbeitgeber der Verbandsgruppe IV sind durchaus nicht so „bescheiden“, sich mit einer 15prozentigen Lohnherabsetzung zufrieden zu geben, wie sie in anderen Gruppen gefordert wurde, sondern sie veranlaßten bei Vertretung ihrer Lohnabbauforderungen die Reduzierung der Zeillöhne auf den Stand der Lohnsätze in den übrigen Gruppen. Nur so wäre für die Zukunft die Erhaltung der sächsischen Weichhohlglasindustrie gegeben. Die Forderungen der Arbeitgeber würden bedeuten, daß Lohnherabsetzungen von 15—25 Proz. eintreten.

Vom Vertreter der Arbeitnehmer wurde im Auftrage der Verhandlungskommission die gestellte Forderung auf Lohnherabsetzung begründet. Noch einmal wurde auch in diesen Verhandlungen nachgewiesen, daß die Ankerbelung der Wirtschaft nur durch Erhöhung der Einkommensverhältnisse der arbeitenden Klasse geschehen kann. Man darf auf der einen Seite nicht Millionen von Arbeitskräften auf dem Produktionsprozeß hinausnationalisieren und von den im Betriebe Verbleibenden Steigerung der Leistung verlangen, ohne darauf zu achten, daß

Glasfachschule in Bunzlau.

Der Gedanke, eine Glasfachschule zu errichten, ist aus der Notzeit geboren. Die deutsche, insbesondere die Glasindustrie Schlesiens und der Lausitz leiden seit Jahren unter der starken ausländischen Konkurrenz. Neben anderen Gründen, die auf handelspolitischen Gebieten zu suchen sind, kann die deutsche Glasindustrie ihre bisherigen Absatzgebiete nur behaupten und weitere neu erobern, wenn unter Beachtung der internationalen Entwicklung durch erste Lehrkräfte eine Anzahl Fachkräfte herangebildet werden. Industrie und Staat haben bisher verabsäumt, auf diesem Gebiete etwas Entscheidendes in die Wege zu leiten. Ja, in den einzelnen Glasfabriken herrscht noch heute teilweise die größte Geheimnisträumerei in der Zusammenstellung der Gemenge, der Sorten usw. Die im einzelnen erzielten Fortschritte kommen der Allgemeinheit nicht zugute. Eine bestimmte Ausbildungszeit ist bei Glasmachern und Glaschmelzern nicht vorgesehen. Jeder junge Mann ist mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen.

Für die Heranbildung eines in künstlerischer und technischer Hinsicht fähigen Nachwuchses in der Glasindustrie fehlt es in ganz Preußen, namentlich aber im deutschen Osten, an einer systematischen Schulungsmöglichkeit. Die Tschechoslowakei unterhält seit Jahrzehnten in S a i d a und C z e i n s c h o n a u, noch nicht 20 Kilometer von der Grenze entfernt, zwei Glasfachschulen und ferner ein Glasinstitut in R o n i g r a d. Nicht selten werden hochqualifizierte Kräfte für die deutsche Glasindustrie aus der Tschechoslowakei herangeholt, die obige Schulen mit Erfolg besucht haben.

Nachdem der Preussische Staat und die Provinz Niederschlesien die Notwendigkeit der Errichtung einer Glasfachschule anerkannt hatten, war für die Wahl Bunzlau als Sitz der Glasfachschule folgendes ausschlaggebend: 1. Die Lage Bunzlau in enger Nachbarschaft des Braunkohlengbietes der Lausitz und deren Glasindustrie. 2. Nicht nur wirtschaftsgeographische Gründe, sondern vor allem das Vorhandensein der keramischen keramischen Fachschule, über die bereits in Nr. 20 vom 17. Mai 1930 im „Keramischen Bund“ berichtet worden ist, sprach dafür. Ein Erweiterungsbau genügt, die Leitung beider Schulen soll in eine Hand gelegt werden. Der Vorbereitungsunterricht kann von den vorhandenen Lehrkräften im wesentlichen übernommen werden. Die einmaligen und laufenden Kosten werden damit auf ein Minimum herabgedrückt. In Z w i e s e l (Bahren) hat sich die Vereinigung der Holzschneiderei mit der Glasfachschule bewährt. Die größere Verwandtschaft der Grundstoffe, von denen die Keramik wie die Glasindustrie ausgeht, ermöglichen ein Zusammenlegen der Elementarfächer, insbesondere beim chemisch-physikalischen Unterricht.

Der Lehrplan der Schule wird umfassen:

Theoretischer und praktischer Unterricht aller chemischen und technischen Grundlagen der Glasindustrie. Insbesondere sind vorgesehen: Rohstoffkunde, Zusammenlegung aller

Gläser und Flachgläser, die Herstellung und Prüfung feuerfester Massen, die einfachste Feuerungs- und Maschinenkunde sowie die Prüfung fertiger Gläser und Spezialgläser.

Junge, begabte Glasmacher und Schmelzer mit guter Volksschulbildung, die schon mehrere Jahre praktisch in der Glashütte gearbeitet haben, finden Aufnahme. Ihre praktische Fabrikausbildung soll mit der Ergänzung durch die systematische Schularbeit soweit gefördert werden, daß sie später als Vorarbeiter, Werk- oder Hüttenmeister in der Glasindustrie sich betätigen können.

Die Auswahl der Unterrichtsstoffe erfolgt nach Maßgabe der Bedürfnisse der Praxis der Glasindustrie. Die technischen Einrichtungen der Schule werden nach Möglichkeit denen der Praxis entsprechen. Nur von einer Versuchsglashütte (Glasofen) muß zur Zeit der Kosten wegen abgesehen werden, dafür sollen die mit dem Glashüttenbetrieb bereits vertrauten Arbeiter im Laboratorium eine wertvolle Ergänzung ihrer praktischen Erfahrungen erhalten. Neben den bisherigen Kräften an der keramischen Fachschule soll ein erfahrener Hütteningenieur die Glasfachschule leiten und unter Veranstaltung nebenamtlicher Fachkräfte die Ausbildung der Schüler vornehmen. Die Unterrichtsdauer beträgt in der Regel 2 Jahre.

Die einmaligen Errichtungskosten von etwa 100 000 RM bringen auf: das Reich und der Preussische Staat je 50 000 RM, die Provinz Niederschlesien 15 000 RM, die Stadt Bunzlau 11 000 RM, einige Landkreise mit starker Glasindustrie zusammen ungefähr 10 000 RM und der Fabrikarbeiterverband und Keramischer Bund 3000 RM. Zur Tragung der laufenden Unterhaltungskosten sind der Preussische Staat, die Provinz Niederschlesien und die Stadtgemeinde Bunzlau Verpflichtungen eingegangen. Die Trägerhaft der Glasfachschule hat die Stadtgemeinde Bunzlau übernommen.

Wenn es nach vielen schwierigen Verhandlungen nunmehr gelungen ist, eine Einigung über die Errichtung der ersten Glasfachschule in Preußen zu erzielen, so hat nicht zuletzt neben den sozialistischen Landräten und Stadtverordneten der Oberpräsident Lüdemann, Breslau, ein besonderes Verdienst.

In den nächsten Tagen erfolgt die Grundsteinlegung der Glasfachschule. Es darf erwartet werden, daß die Glasindustrie, die bisher aus unerfindlichen Gründen eine Beteiligung und Mitwirkung abgelehnt haben, sich den entschlossenen Willen und die Opferbereitschaft des Keramischen Bundes als Vorbild nehmen und ihren der Glasindustrie abträglichen Standpunkt aufgeben. Sollte jedoch das Eintreten für den Fortschritt in der Glasindustrie bei den Glasindustriellen keinen Widerhall finden, so werden Staat, Provinz, Gemeinden und die organisierte Arbeiterschaft das bereits glücklicherweise Werk auch ohne Hilfe derjenigen fortführen, die in erster Linie die Früchte der Glasfachschule ernten werden.

Heimindustrie und Handwerkstraufertum.

Das Thüringische Handwerksblatt (Ausschnitt der Handwerkskammer Gera, Meiningen und Weimar) beschäftigt sich in seiner Nr. 13, vom 1. Juli, mit unserer Organisation, außerdem mit dem Wollen der Thermometer- und Glasinstrumentenmacher, die die Zwangsinnungen Almenau, Geraberg und Langewiesen beiseite wolle.

Der Artikel bezieht sich: „Im Glasinstrumenten- und Thermometerhandwerk sind die Zwangsinnungen notwendig.“ In der Einleitung wird gesagt:

„In einem Rundschreiben an die Hausgewerbetreibenden und Hausarbeiter aus der Thermometer- und Glasinstrumenten-Handindustrie in Thüringen wird seitens der Gewerkschaften die Frage der Zwangsinnungen in Almenau, Langewiesen und Geraberg erneut aufgerollt. Dem in großer Zahl verschickten Rundschreiben sind Vorträge eines Spezialisten gefolgt, in denen der Nachweis zu erbringen versucht wurde, daß die genannten Zwangsinnungen beseitigt werden müssen. Daß die Innungen, in denen mehr der Gemeinheitsgedanke als der des Kampfes gepflegt wird, schon seit langem den Gewerkschaften ein Dorn im Auge sind, ist wohl allgemein bekannt, deshalb braucht man über das Urteil, das die Gewerkschaften auch über die Zwangsinnungen der Glasindustrie fällen, nicht sehr verwundert zu sein. Es ist das ewig alte Lied auch hier. Die Zwangsinnungen sind mittelalterlich, rückständig und schädlich. Deshalb müssen sie beseitigt werden.“

In seinen weiteren Ausführungen versucht das Handwerksblatt auf Einzelheiten einzugehen. Es versucht insbesondere eine Gegenüberstellung der Innungs- mit der Gewerkschaftstätigkeit. Auch auf das Arbeits- und Steuerrecht unternimmt das Blatt einen Ausflug. Der Versuch, die Zwangsinnungen in ein gutes Licht zu stellen, ist gescheitert. Mit Plätschern an der Oberfläche kann den Hausgewerbetreibenden, Hausarbeitern und Heimarbeitern nicht geholfen werden. Eine solche Tätigkeit bleibt ungehört. Man merkt dem Artikel jedoch die Unkenntnis über das Arbeitsrecht der in der Hausindustrie beschäftigten Personen an.

Wir haben von unseren Feststellungen nichts zurückzunehmen. Es trifft zu, daß die Zwangsinnungen, soweit sie in der Hausindustrie aufgeführt sind, Schädigungen nach den verschiedensten Richtungen herbeiführen. Es trifft auch zu, daß in der Hausindustrie mit den mittelalterlichen und rückständigen Mitteln der Zwangsinnungen die Rechte der in der Heimindustrie Beschäftigten nicht gewahrt werden können.

Wir wollen durchaus nicht darüber rechten, ob Zwangsinnungen da, wo man es mit einem ausgesprochenen Handwerk zu tun hat, nicht ab und zu von Vorteil sein können, aber die Thermometer- und Glasinstrumentenmacher sind weder Bäcker noch Metzger, Schuster noch Schneider usw. Die aufgezählten und ähnliche Berufe treten mit dem Konsumenten in der Regel in Verbindung. Sie diktiert ihre Verkaufspreise. Sie sind daher als Handwerker im üblichen Sinne zu betrachten. Bei den Thermometer- und Glasinstrumentenmachern treffen vorstehende Gesichtspunkte nicht zu. Sie können deshalb auch nicht als Handwerker bezeichnet werden. Während die oben gezeigten Handwerksberufe als Einzelerscheinung in einem gewissen von Menschen bewohnten Bezirk auftauchen, täuschen die in der Glasheimindustrie beschäftigten Personen als Vielheit auf und diese Vielheit ist abhängig von einem oder mehreren Verlegern. Diese Vielheit tritt auch mit dem Konsumenten in der Regel nicht in Verbindung, sondern arbeitet im Auftrag und auf Rechnung einer

anderen Person. Daraus geht schon hervor, daß die Thermometer- und Glasinstrumentenmacher eine abhängige Tätigkeit ausüben und diese abhängige Tätigkeit nimmt ihnen die Eigenschaft des selbständigen Handwerkers und aus diesem Grunde ist der Platz der in der Glasheimindustrie beschäftigten Personen nicht in der Zwangsinnung, sondern in der Arbeitnehmerorganisation.

Es kann doch nicht bestritten werden, daß durch das Vorhandensein der Zwangsinnungen in Hausgewerbetreibenden gebieten die Hausgewerbetreibenden und auch Hausarbeiter als selbständige Unternehmer in steuerlicher, arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Beziehung behandelt worden sind und es steht fest, daß diese Behandlung auf Grund des Vorhandenseins der Zwangsinnungen befestigt worden ist.

Wären die Zwangsinnungen nicht vorhanden, dann würden die Thermometer- und Glasinstrumentenmacher dem Ausschluß für die thüringische Glasindustrie unterstehen; ihre Entgelte könnten tariflich geregelt werden. Krankenversicherungsspflicht wäre das Gegebene und damit Erwerbslosenversicherungspflicht. Zur Unfallsteuer könnte nicht veranlagt werden; Handwerkskammer- und Innungsbeiträge wären unbekannt Dinge. Das sind doch wohl Lasten genug, die auf Grund des Vorhandenseins der Zwangsinnungen Geraberg, Almenau und Langewiesen den Glasheimarbeitern aufgebürdet worden sind und es ist als sehr „Lüth“ zu bezeichnen, daß auf Grund dieser Tatsachen das Thüringische Handwerksblatt zu behaupten wagt, daß die Zwangsinnungen in der Glasheimindustrie eine Notwendigkeit seien, um Schäden zu vermeiden.

Wie sehr die an Zwangsinnungen interessierten Kreise an dem Bestehen solcher Innungen festhalten, geht aus dem Verhalten des Innungsobermeyers Schramm aus Geraberg anlässlich der Versammlung am 19. Juli d. J. hervor. In Geraberg fand am 19. Juli d. J. eine Innungsversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand:

- 1. Antrag Gewerbe- und Gera entsprechend Entschädigung für Versammlungsbesucher;
- 2. Antrag betr. Zurücknahme der Anordnung für Errichtung einer Zwangsinnung für das Thermometer- und Glasinstrumentengewerbe.

In dieser Versammlung hat der Innungsoberrmeister größtenteils seine Pflichten als Versammlungsleiter verlesen. Obgleich zwei Tagesordnungspunkte vom Innungsvorstand h. v. dem Obermeister zur Versammlung festgesetzt waren, hat der Obermeister Schramm die Versammlung eröffnet und nach Feststellung der Mitgliederzahl die Innungsversammlung einfach wieder geschlossen.

Es wäre richtig gewesen, wenn der Obermeister bei Punkt 2 der Tagesordnung so verfahren hätte. Da handelte es sich ja um eine Angelegenheit, wo das Statut ausdrücklich vorschreibt, daß 2/3 der Zwangsinnungsmitglieder dem Antrag zustimmen müssen. Bei Punkt 1 der Tagesordnung entscheidet die einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Das ist aber von dem Obermeister der Zwangsinnung Geraberg übergangen worden. Hier darf die Frage aufgeworfen werden, ob der Obermeister nicht in voller Absicht gehandelt hat, um den Zwangsinnungsmitgliedern den Versammlungsbesuch zu verweigern und dadurch die Zwangsinnung für alle Zeiten zu erhalten?

Die Stimmung der sich betrogen fühlenden Zwangsinnungsmitglieder in der oben erwähnten Versammlung ist nach der kaum zu verstehenden Tat des Obermeisters nicht so

gewesen, als daß behauptet werden kann, daß die Innung sich stützen könnte auf ihre Mitglieder. Das Gegenteil war der Fall und das beweist zur Genüge, daß nur eine kleine Interessentengruppe versucht, eine große Anzahl Heimarbeiter zwangsweise in Innungen festzuhalten, damit diesen die Innungstraufertlasten auch weiterhin auferlegt werden sollen. G. E. Klein.

Lohnverhandlungen der Flaschenindustrie gescheitert.

Die am Lohnarbeitsvertrag der deutschen Flaschenindustrie beteiligten Parteien haben am 31. Juli 1930 zwecks Neuregelung der Löhne für die Beschäftigten in der Flaschenindustrie Verhandlungen in Hannover aufgenommen.

Fast genau wie in der deutschen Weichholglasindustrie stellen die Arbeitgeber bei Begründung ihrer Lohnabbauforderung die Behauptung auf, die Lage der deutschen Flaschenindustrie wäre katastrophal. Sie haben unabhängig von der allgemeinen Tendenz der Lohnabbauforderungen ihre Anträge stellen müssen.

An Hand von verschiedenem statistischen Material sowie auch der Geschäftsberichte aus der deutschen Flaschenindustrie konnten die Angaben des Vertreters der Vereinigung deutscher Flaschenfabriken leicht entkräftet werden. Es wurde nachgewiesen, daß trotz der vorjährigen geringen Lohnreduzierung der Nominallohn im allgemeinen bei den Akkordarbeitern zurückgegangen ist. Die gebildeten Einkommensverhältnisse erfordern dringend eine Aufbesserung. Nach dem Scheitern der Verhandlungen muß infolge der Bestimmungen im Reichsmanteltarifvertrag das Reichsarbeitsministerium um Tarifhilfe von den Parteien ersucht werden.

Wir hoffen, daß die Schlichterkammer des Reichsarbeitsministeriums den Anträgen der Arbeitnehmer Rechnung tragen und die beantragte Lohnreduzierung im Schiedspruch festsetzen wird.

Hele Nachrede.

Der bekannte ehemalige Glasarbeiter und jetzige Schriftleiter Erich Steffen übt als Kommunist berufsmäßig die Verunglimpfung der Gewerkschaften und ihrer Angehörigen aus. Er hatte schon manchemal Recht dabei, so auch bei seinem Angriff im „Aga-Blitz“ auf die Kollegen Hermann Müller und Karl Koch, Berlin. Wie in den meisten Fällen konnte er seine beleidigenden Vorwürfe in keinem Falle beweisen, weshalb folgendes Urteil erging:

Privatklage

1. des Hermann Müller, 2. des Karl Koch, beide Berlin, Engelfer 24/25, Privatkläger, gegen den Schriftleiter Erich Steffen, in Berlin-Reinickendorf, Waldowstr. 68, Angeklagter, wegen Verleumdung und übler Nachrede.

Das Amtsgericht Berlin-Weidling, Abt. 14, hat in der Sitzung vom 4. Juli 1930 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe von 100 — einhundert — RM, hilfsweise für je 5 RM zu 1 — einem — Tage Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Den Privatklägern wird die Befugnis zugesprochen, den verfügbaren Teil des Urteils in der Betriebszeitung „Aga-Blitz“ binnen eines Monats nach Rechtskraft des Urteils einmal auf Kosten des Angeklagten in demselben Teile und mit derselben Schrift, wie der Abdruck der Verleumdung geschehen ist, öffentlich bekanntzumachen.



Allgemeinverbindlich erklärt.

Der Reichsarbeitsminister. Berlin, den 19. Juli 1930. — III b 1322/530 Zar. —

Entscheidung.

Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Die Parteien des Tarifvertrages: a) Auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der Deutschen Feinkeramischen Industrie; b) auf Arbeitnehmerseite: Keramischer Bund; Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands; Berufsverband Deutscher Keramarbeiter; Gewerkschaft der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter (G.D.) im Verband der Deutschen Gewerkschaften (G.D.); Deutscher Metallarbeiterverband; Zentralverband der Maschinenisten aus Heizer Deutschlands; Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs.
- II. Tag des Abchlusses: a) 19./20./21. März 1930, Schiedspruch betreffend Reichsmanteltarifvertrag vom 1. April 1928 und Regelung der Ueberzeitarbeit vom 1. April 1928; b) 1. Mai 1930, Ergänzungsvereinbarung.
- III. Schariflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Porzellan-, Steingut-, keramischer- und Steinzeugwarenindustrie, sowie in sonstigen feinkeramischen Betrieben, soweit sie nicht ausschließlich Sandplatten, Fußbodenplatten und Dilettanten herstellen, mit Ausnahme der Betriebe der beim Verbande Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Firmen.
- IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs mit Ausnahme der Porzellanfabrik Sersitzdorf und der Steingutfabrik Wittenberg A.-G. in Jägle.
- V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die §§ 42 und 47 bis 51 (Schlichtung von Streitigkeiten) des Reichsmanteltarifvertrages und auf Schlichtungsbestimmungen nur insoweit, als nicht durch Handwerkskammer- oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse anderweitige Bestimmungen getroffen sind.
- VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Juli 1930.
- VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit den Tarifverträgen.

In Auftrag geg.: Schmitt. Beglaubigt geg.: Sieke. Ministerial-Sekretär.

Die gutbesuchte Funktionärversammlung der Zahlstelle 2613 des Verbandes der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund, vom 29. Juli, nahm Stellung zur Kündigung des Lohn- und Manteltarifvertrages durch den Arbeitgeberverband der feinkeramischen Industrie. Der Beschluß unserer Tarifkommission, in Anbetracht der ungünstigen Beschäftigungslage in der Porzellan- und Steingutindustrie die Tarifabmachungen nicht zu kündigen, obwohl eine Lohnreduzierung und Manteltarifverbesserungen notwendig wären, wurde als richtig anerkannt. Um so mehr waren die Funktionäre entzückt über die Tarifkündigung durch die Arbeitgeber. Sie erkennen daraus, daß die Unternehmer einen Angriff auf das ungenügende Lohnniveau und auf die langjährigen Tarifrechte der feinkeramischen Arbeiterschaft planen, zu den schon in den Betrieben die einsetzende willkürliche Ausschaltung der Preiskommissionen eine Vorarbeit ist. Die Funktionäre fordern deshalb als die verantwortlichen Vertreter der Belegschaften, vertrauensvoll auf die Verbände- und Branchenleitung, daß die letztere, gestützt auf den Rückhalt der Mitgliedschaft, alles versucht, damit der planmäßig vorbereitete Lohnabbau und die sonstigen beabsichtigten Tarifverbesserungen abgewehrt werden. Wenn es notwendig erscheint, soll auch als letztes Mittel der Kampf nicht gescheut werden. Alle Kollegen und Kolleginnen werden wir auf das brutale Vorgehen der Unternehmer hinweisen, dann werden wir sie zu überzeugen versuchen, daß nur eine gut disziplinierte, geschlossene handelnde Arbeiterschaft vereintigt im Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund, den Angriffen der Unternehmer zuweilen und die Abwehr siegreich zu gestalten vermag.

Sozial mit dem Feuer muß die Tarifkündigung durch die Arbeitgeber der feinkeramischen Industrie bezeichnet werden. Wenn man die gewaltige Erregung, die die Oberleitung der Porzellanarbeiterschaft ergriffen hat, beobachtet, hat selten eine Tarifkündigung einen solchen Massenwille zur Folge gehabt wie diese. Wenn die Unternehmer glauben, daß die durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit gequälte Porzellanarbeiterschaft nun reif sei, einen Lohnabbau oder Verschlechterungen des Manteltarifvertrages hinzunehmen, so wird der Oktober sie eines anderen belehren. In allen Versammlungen und Funktionärversammlungen des Oberpfälzer Bezirks wurden die Beschlüsse der Lohnkommission und der Zentralbranchenleitung gutgeheißen und dem Verband das Vertrauen ausgesprochen. Eingehend wurde über das Altheilmittel — Preisabbau, Lohnabbau — gesprochen. Die Porzellanfabrikanten versichern, daß für sie ein Preisabbau nicht in Frage käme, im Gegenteil, sie benötigten einen Preisabbau, bleibt also nur für sie ein Lohnabbau übrig. Wir vertreten die Ansicht, daß Lohnabbau kann der Porzellanindustrie und der gesamten Wirtschaft helfen, sondern Lohnreduzierung und Preisreduzierung der Jünge für Reichelber und als Hauptpunkt eine vernünftige Betriebsführung. Letzteres liegt bei vielen Firmen der Porzellanindustrie noch im Argen. Wie soll ein Betrieb mit knapp 1000 Beschäftigten noch Gewinn abwerfen, wenn er jahrelang 24—38 Stunden in der Woche arbeitet und dabei 8 Direktoren, 4 Proturisten, einige Betriebsleiter und rund 120 weitere Angestellte durchschleppt.

die alle voll und gut bezahlt werden. In andern Betrieben sieht es nicht viel besser aus. Ein Betrieb mit etwa 180 Beschäftigten und 24-kündiger Arbeitszeit leistet sich das Vergnügen, 8 Direktoren zu besitzen, wenn auch darübergehend. Wir möchten nicht die Gehaltsätze all dieser genannten Herren bekanntgeben. Bei diesen Gutverdienern Abbau zu machen und mehr produktive Arbeit von jedem dieser Herren verlangen, würde die Betriebe gefunden lassen, würde Preisabbau ermöglichen und dann besseren Geschäftsgang zur Folge haben. Aber statt dessen will man noch den Arbeitern ihren sauer verdienten Lohn, den sie sich im Akkord erkauft haben, schmälern. Mit weinerlichem oder drohendem Ausmalen der Geschäftslage und dem damit verbundenen Anfeuern, daß hier und jener Aufsprag nur angenommen werden kann, wenn die Arbeiterschaft mit einer 10—20prozentigen Kürzung ihrer Akkordsätze einverstanden ist, wollen diese Herren die Betriebe führen. Die Kündigung der Unternehmer hat einen Unwehwillen erzeugt, der nicht erst wartet, was die Unternehmer und gefällige Schiedsinstanzen der Arbeiterschaft auferlegen wollen, sondern der frisch den Kampf wagt.

Gräfenthal / Schmiedefeld.

Die Brenner der Porzellanbetriebe im oberen Bezirk der Zahlstelle Gräfenthal-Waldendorf tagten am Sonntag, dem 27. Juli, in Schmiedefeld. Die Kollegen waren zahlreich erschienen, ein Beweis dafür, daß an der Tagung großes Interesse vorhanden war. Die Kollegen besprachen alle einschlägigen Arbeiten der Brennhausarbeiter und Schachsbrenner. In der Aussprache über Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren wurden wichtige und aufklärende Hinweise gegeben.

Ausgiebig wurde der Punkt Tarifangelegenheiten behandelt. Die Unternehmer haben den Tarif der feinkeramischen Industrie zum 30. September 1930 gekündigt, zu gleicher Zeit laßt das Lohnabkommen und die Regelung der Ueberzeitarbeit ab. Die Unternehmer üben die Wirtschaftskrise aus und drängen auf Abbau der Löhne, was allgemeine Entzückung unter den Porzellanarbeitern hervorrief. Nicht interessante Mitteilungen wurden von den Kollegen aus den Betrieben gemacht, wie in den Porzellanfabriken auf Kosten der Arbeiterschaft rationalisiert wird. Mit weniger Personal, bei höchster Ausnutzung des Brennraums, wird leucht mehr als früher in den Brennhäusern gearbeitet. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Unternehmen heifer Defen bis zu 70 und mehr Grad für die Arbeiter gesundheitsschädlich ist und von den Arbeitern abgelehnt werden muß. Die Brenner und Brennhausarbeiter bezeichnen den Lohn, der für diese Arbeit bezahlt wird, als zu niedrig, und erwarten eine Erhöhung des Lohnes. Der bis jetzt im Tarif § 13 festgelegte Verpflegungszuschuß von 5 Proz. für Nachtarbeit, die nicht als Ueberzeitarbeit zu entschädigen ist, muß auf mindestens 10 Proz. erhöht werden.

Die Unternehmer der Thüringer-Wald-Fabriken klagen über starke Konkurrenz und den Niedergang der deutschen Porzellanindustrie, angeblich wegen zu hoher Löhne. Dabei ist festgestellt, daß in den Thüringer-Wald-Fabriken die niedrigsten Löhne bezahlt werden. Die Konkurrenz wird unter den Unternehmern selbst gemacht, trotz Mühsal in über Verkaufspreise. Die Profitrate soll bei gedrückten Preisen die gleiche sein wie vordem, die durch Lohnkürzung des soletso großen Lohnes der Arbeiter den Unternehmern erhalten werden soll. Die Arbeiterschaft wird sich gegen das Vorgehen der Unternehmer zu wehren wissen und legt ihr Vertrauen auf den gewerkschaftlichen Zusammenschluß.

Ein Rebellstand, wie er größer in keiner anderen Gegen Deutschlands gefunden wird, ist das Ueberfordern und Seimarbeiten von Betriebsarbeitern. Täglich kann beobachtet werden, daß trotz Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit Ueberstunden bis abends 7 Uhr und länger gemacht werden, daß oftmals noch ein Kasten mit nach Hause genommen und am anderen Tage früh als Fertiger wieder mitgebracht wird. Die Arbeiter versuchen auf diese Weise den unzulänglichen Lohn einigermaßen den Lebensbedürfnissen entsprechend zu erhöhen. Den Arbeitlosen, die schließlich auf Arbeit warten, wird durch dieses Unwesen alle Hoffnung auf Wiedereinstellung in die Betriebe genommen. Die Gewerbeaufsicht könnte hier täglich eingreifen und mitteilen, dem Geseh Geltung zu verschaffen.

Den Porzellanarbeitern in den Thüringer-Wald-Orten, ganz gleich ob sie im Betrieb oder zu Hause arbeiten, wird erst dann geholfen werden können, und sie werden erst dann von den Unternehmern als vollwertig anerkannt werden, wenn sie sich reiflos der Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung W e r a m i s c h e r W u n d, angeschlossen haben.

Neuhaus v. Sbg.

In letzter Zeit häufen sich die Merkmale, aus denen zu ersehen ist, daß das Siemens-Schudert-Werk in Neuhaus bestrebt ist, seine Arbeiterschaft, die immerhin bis jetzt in der Industrie als hochqualifiziert gelten konnte, auf das einfachste Niveau herunterzubringen. Eine Stilllegung jagt die andere, man muß tatsächlich den Kopf schütteln, wenn man sieht, mit welcher Nervosität das betriebliche Arbeiten durchgeführt wird. Es kehrt einen sonderbar, wenn ein Werk, das einem großen Konzern angegliedert wurde, nicht einmal mehr in der Lage ist, seine Stammbesetzung von 600 bis 700 Köpfen voll zu beschäftigen. Die ganze Aufmerksamkeit erweist den Eindrücken, als wenn mit der Auftragsvergabe des S.-S.-Konzerns an sein eigenes Werk Schlußbinder getrieben würde. Die hohen Löhne, die in Neuhaus angeblich gezahlt werden, können nicht schuld daran sein. Wir können mit Zahlen aufwarten, die bestimmt manchem zu denken geben. Also hier liegt der Hase nicht im Pfeffer, oder sollte vielleicht in der so oft und vielfach angeführten Unrentabilität des Betriebes die Ursache liegen, und wenn dies der Fall sein sollte, so möchten wir darauf hinweisen, daß gerade bei dem jetzigen Stand der Belegschaft, gemessen an den Leistungen und vorgelegten Persönlichkeiten, der Betrieb sicher nicht als rentabel betrachtet werden kann, wenn er es bei vollbesetztem Betrieb nach Angabe der Firmenleiter ebenfalls nicht war. Interne Vorgänge im Betrieb zeigen aber, daß das Ding noch einen anderen Werdegang hat. Wenn bei der Firma einmal ein neuer Ingeieur eintritt, so glaubt man, daß dieser das Heil für den Betrieb bringen soll. Die älteren Angestellten, die auch meistens als durchaus erprobte Fachkräfte zu betrachten sind, sieht man einfach außer Kraft. Meistens hat sich hinterher herausgestellt, daß die Spekulation der Direktion immer verkehrt war.

In letzter Zeit hatten nun unsere Kollegen die Ehre, einen neuen Brennhausleiter, Herrn Wunderlich (der Name sagt schon, daß man sich wundern soll), kennenzulernen. Wahrscheinlich haben die drei Angestellten im Brennhaus nicht gelangt, oder waren sie nicht scharf genug (unsere Kollegen können ein anderes Lied singen)? Herr Wunderlich brachte bald alles zum Wenden. Nicht allein, daß ihm die Arbeiterschaft schon zuviel verdankt, auch die Behandlung der Leute ist so, daß man sich darüber wundern muß, diesmal aber für unsere Kollegen, die sich so etwas haben bieten lassen. Daß es die einheimischen Meister auch sehr gut in vornehmer Art und Weise verstehen, ihre Untergebenen zu behandeln, zeigt sich ja bei dem Sprichmeister Hermann Coburger, der mit so lieblichen Ausdrücken, wie Baumstäbels usw. umgeht. Die Arbeiterschaft selbst führt Be-

schwerde darüber, daß man die Arbeitsordnung nur soweit anerkennt, wie sie der Firma Nutzen bringen kann, im umgekehrten Falle existiert gewöhnlich keine. In letzter Zeit soll sogar, weil die Behandlung der Arbeiterschaft durch die Angestellten vielleicht noch als menschlich und persönlich einigermaßen einwandfrei bezeichnet werden konnte, dieses verschiedenen Deuten nicht gepaßt haben. Man verfaßte darauf ein Rundschreiben, in dem den Meistern anheimgegeben wurde, in Zukunft rücksichtslos und aggressiv gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Diejenigen, die das ablehnten, und sich nicht als Mittel gegen die Arbeiter hergeben, haben ihre Entlassung zu gewärtigen (was sagt der Werkmeisterverband dazu?). Des weiteren macht im Betrieb eine andere Neuigkeit die Runde: es soll der schon bereits erwähnte Herr Wunderlich auf Grund seines forschen Draufgängertums und seiner Kunstfertigkeit, Preise abzubauen, einen Gehaltszuschlag von monatlich 20 RM erhalten haben. Wir können, wenn dies wahr sein sollte, Herrn Wunderlich dazu gratulieren, wenn er auf diese Art und Weise Gehaltserhöhung erhält, denn der geplante Dienabbau bringt der Firma mehr ein als 20 RM im Monat. Aber jeder Knecht ist seines Lohnes wert. Vielleicht bekümmert sich Herr Wunderlich einmal darum, daß seine Brenner eine ordnungsgemäße Arbeitszeit bekommen.

Wenn die Leitung des Betriebes mit Herrn Dr. Roth an der Spitze vielleicht der Meinung war, daß durch diese Art und Weise der Betrieb, wenn er nicht rentabel sei, rentabel gemacht werden könne, so glauben wir bestimmt, daß sie hier im Irrtum ist. An und für sich kann der Betrieb bei seiner heutigen Ausdehnung sich nur rentabel erweisen, wenn sämtliche Räume voll besetzt sind und ausgenutzt werden. Durch die schon immer wiederkehrenden Stilllegungen wird bestimmt keine Rentabilität des Betriebes erzeugt werden. Es wird wahrscheinlich tatsächlich stimmen, daß ein Teil der Aufträge des Konzerns in andere Betriebe abwandert, die absolut nichts mit dem Siemens-Schudert-Konzern zu tun haben. Verbergen sich dahinter Gründe, die nach unserer Auffassung nur in einem Lohnabbau liegen können, dann kann man das Verhalten der Betriebsleitung einerseits und der Betriebsleitung in Berlin andererseits durchaus verstehen.

Die Arbeiterschaft aber selbst sollte einmal darüber nachdenken, daß sie viel mehr Rechte hat, als sie in Wirklichkeit für sich in Anspruch nimmt.

Thomas-Ausstellung in Marktredwitz.

Die Porzellanfabrik Thomas in Marktredwitz, zum Rosenhals-Konzern gehörig, feiert nun 25 Jahre und krönt dieses festliche Ereignis mit einer Ausstellung ihrer wichtigsten Erzeugnisse im Saale der Bürgergesellschaft in Marktredwitz. Man sieht dort die Rohstoffe des Porzellans, ihre Verarbeitung, alles was zur Fabrikation gehört und die Erzeugnisse. Für Nichtfachleute und besonders für Schulen bieten gerade diese Teile der Ausstellung gutes Anschauungsmaterial.

Die Ausstellung der Fabrikate ist so geordnet, daß die Gegenstände aus der Anfangszeit der Fabrik gezeigt werden, wo noch nach französischen Vorbildern gearbeitet wurde. Dann ging Friedrich Thomass, der übrigens heute noch für Porzellanfabriken tätig ist, dazu über, eigene Arbeiten, besonders in Unterglasuren, zu entwerfen und zu fertigen, die im Jugendstil — dem Stil jener Zeit — gehalten sind. Auf diese Weise entwickelte sich die Fabrik zum selbständigen Schaffen, besonders in Porzellanfiguren aller Art, allerdings unter Anlehnung an die Stilarten älterer Perioden. Vase, Wiedermeier und Empirestil leben wieder auf und finden Gefallen — und neue Dekore, neue

Formen unserer Zeit sind zu sehen. Alles ist schön eingeteilt und für sich aufgeben Tischchen abgeschlossen. In der Mitte des Saales steht eine vornehme, borbillich bedeckte Festtafel mit einem Speisefervice in Porzellanform und ebensolcher Malerei. Dann sind ein einfacher Tisch, ein Gartenstisch, ein Wädhentisch, ein Teetisch, ein Großmuttertisch, ein Tischstisch stets mit den passenden Decken, Geräten und entsprechenden Porzellanangehörigkeiten zu sehen. Eine Fischtafel, ein Jungesellschafts- und ein Jagdtisch schließen sich an, selbst ein Kindertisch mit den bekannten Ziergarnituren ist nicht vergessen.

Gerade diese Aufmachung wird Gefallen gefunden haben; denn sie zeigt uns das Porzellan in seiner Schönheit und in seiner Wirkung beim Gebrauch. Darauf kommt es wesentlich an. Porzellan soll ja nicht im Büfett und in der Vitrine stehen, sondern es soll verwendet werden.

Im Gebrauchsservice ist die Porzellanfabrik Thomas groß, sie macht aber auch Gedentassen, alte Tassen nach Offenbacher, Pfäferscher und Weiskener Vorbildern; ferner Basen und Zardinerien in der beliebigen Form, modern und altjapanisch decoriert. Auch die Verleuchtungsstücke in Aufhängelampen sind sehr gut gelungen, sie dienen, wie eine Anzahl Biergegenstände und Lampen aus der Kunstabteilung von Hoytall in Selb, zur Zierde der Anstaltung.

An sich war die Ausstellung für Marktredwitz und Umgebung ein Wagnis, aber die Firma hatte Glück. Der Besuch war sehr rege und brachte sogar einen Ueberschuß. Auch Bestellungen wurden aufgegeben. Damit hat die Ausstellung, die einen ausgezeichneten Anschauungsunterricht in künstlerischer und kultureller Beziehung bot, ihren Zweck erfüllt.

Wir nehmen an, daß auch unsere Marktredwitzer Kollegen und Kolleginnen die Ausstellung besucht und sich die schönen Werke ihrer Hände und ihres Fleißes angesehen haben, hoffentlich haben sie dabei auch die Verkaufspreise beachtet. Und wenn sie Zeit haben, mögen sie einmal ernstlich nachdenken, wie sich die Verkaufspreise zu den Herstellungskosten verhalten, die sie im Betrieb beobachten können. Solches Nachdenken ist sehr lehrreich und weckt vielleicht auch Organisationsgedanken bei manchem.

Kastner-Porzellan auf Island.

Island feierte vom 25. Juni bis 6. Juli 1930 das Bestehen seiner tausendjährigen Verfassung, wozu Vertreter aller europäischen Regierungen gekommen waren.

Das Porzellan zu den großen Festlichkeiten wurde bei der Porzellanfabrik Friedrich Kastner in Oberhohndorf bei Zwidau in Auftrag gegeben. Die Bestellung füllte drei Eisenbahnwaggons. Das Speisefervice zeigt einfach glatte Geschirre mit Goldband und Wappen (silberner Island-Falk), das Service des Ministerpräsidenten neben Goldverzierung das isländische Wappen (ein im Blau silbernen eingefachtes rotes Kreuz). Am interessantesten in ihrer farbigen Behandlung sind die Geschirre für die Würdenträger und Beamten. Von einem isländischen Künstler entworfen, sieht man auf breiter blauer Kante bestimmte Schriftzeichen von Verzierung eingestrichen. Die Schrift lautet auf deutsch: Landtag Islands 1830—1930. Besonders Interesse dürfte der Erinnerungsteller, ebenfalls von einem isländischen Künstler entworfen, den sämtliche fremden Abgesandten zur Erinnerung ausgehändigt erhielten, beanspruchen. Schwarz auf dem weißen Grunde des Porzellans, erhebt sich aus den Wogen die steile Küste Islands, die eine gewisse Ähnlichkeit mit einem Wikingerschiff hat, während im Hintergrunde die Strahlen des Nordlichts emporschließen.

Der Auftrag zeigt, daß sich das Kastner-Porzellan großer Wertschätzung auf dem Weltmarkt erfreut.



Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

Recht eigenartige Verhältnisse haben sich in den letzten Monaten in den Betrieben der hannoverschen Ziegeleindustrie herausgebildet, soweit diese Betriebe im Stadtgebiet Hannover und in den Landkreisen Bielefeld und Hannover ihren Sitz haben. Der hannoversche Baumaarkt wird in fortgesetztem Umfang mit Mauersteinen von auswärtigen Ziegeleien, besonders von Ziegeleien aus dem Bezirk Hildesheim beliefert. Eingeweihte Kreise behaupten, daß die Hildesheimer Ziegeleien für jedes Tausend Mauersteine, das von ihnen nach dem hannoverschen Baumaarkt geliefert wird, von der Verkaufsstelle des Hildesheimer Bezirks einen Zuschuß von 6 RM erhalten. Durch diesen Zuschuß, und da die Hildesheimer Ziegeleien ihre Arbeiter auch nach der Ortsklasse II des Ziegeleiarbeitertarifs zu bezahlen haben, sind jene Ziegeleien angeblich in der Lage, trotz der hohen Transportkosten, das Tausend Mauersteine zu 6 RM und mehr, billiger zu verkaufen. Die Verkaufsgesellschaft der hannoverschen Ziegeleien ist zu einer ähnlichen Preispolitik nicht in der Lage, denn seit dem Ausscheiden der drei Stadthannoverschen Ziegeleien, die Eigentum der Stadt Hannover sind, aus der hannoverschen Verkaufsgesellschaft, hat diese fast jede Beeinträchtigung der Preispolitik der hannoverschen Ziegeleien für den hannoverschen Baumaarkt verloren.

Die Konkurrenz der Ziegeleien des Hildesheimer Bezirks auf dem hannoverschen Baumaarkt wirkt sich naturgemäß in sehr ungünstiger Weise für die Absatzverhältnisse der hannoverschen Ziegeleien aus. Circa ein Duzend Ziegeleien sind in diesem Jahre überhaupt nicht in Betrieb genommen worden und die übrigen Ziegeleien können wegen des geringen Absatzes auch nur einen Teil ihrer Leistungsfähigkeit ausnützen. Auch die Ziegeleien der Stadt Hannover werden von diesen ungünstigen Absatzverhältnissen in den letzten Wochen sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Es besteht die Gefahr, wenn die Absatzverhältnisse in aller nächster Zeit für die drei Stadthannoverschen Ziegeleien keine Besserung erfahren, daß dann auch diese drei Betriebe zu Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen übergehen werden. Arbeiterentlassungen infolge Betriebsbeschränkungen bei den Stadthannoverschen Ziegeleien wären, besonders von sozialistischer Gesichtspunkte aus betrachtet, zu bedauern. Denn hier handelte es sich um Betriebe, die der Allgemeinheit gehören und von Bauaufträgen der Allgemeinheit geleitet werden. Auch in bezug auf die Kreditverhältnisse sind die Stadthannoverschen Ziegeleien ungünstiger gestellt als Privatunternehmungen. Wenn diese, der Allgemeinheit gehörenden Betriebe, in wirtschaftlicher Beziehung sich aber nicht leistungsfähiger erweisen als Privatbetriebe, dann wird dadurch bei kritisch verlaufenden Werten, der Gedanke und die Forderung nach Verstaatlichung der Privatbetriebe diskreditiert.

Ob es den hannoverschen Ziegeleien in nächster Zeit gelingen wird, ihren Absatz durch Lieferung auswärtiger Baumaerke zu bessern, ist sehr fraglich. In dieser Hinsicht sind die Schwierigkeiten gesteigerten Absatzes besonders dadurch vergrößert worden, weil die Verwaltungen anderer Gemeinden teilweise Bestimmungen erlassen haben, daß die dortigen Bau-

unternehmer, falls die Bauvorhaben teilweise mit Hauszinssteuerhypotheken finanziert sind, die zur Ausführung der Bauvorhaben notwendigen Mauersteine von den einheimischen Ziegeleien entnommen werden müßten. Unterrichtete Kreise behaupten, daß eine derartige Uebung auch bei der Stadt Hildesheim bestünde, so daß Hildesheimer Ziegeleien wohl den hannoverschen Baumaarkt, hannoversche Ziegeleien aber nicht den Hildesheimer Baumaarkt beliefern können. Diese unliebsamen Verhältnisse auf dem Baumaarkt, die sich sowohl für die Arbeiter des Baugewerbes selbst, wie auch für die vielen Arbeiter der Baustoffindustrie fortgesetzt in zunehmend ungünstiger Weise auswirken, werden endgültig nur dann beseitigt werden, wenn es gelingt, durch größere Sicherheiten für die Kreditgewährung das Privatkapital wieder am Wohnungsbau zu interessieren und gleichzeitig auch die öffentlichen Körperschaften der Belegung des Baumaarktes die nötige Unterstützung zuteil werden lassen. Solange dies nicht geschieht, wird der Absatz der Baustoffbetriebe in einem starken Mißverhältnis zu der Leistungsfähigkeit dieser Betriebe stehen und das Resultat wird vermehrte Arbeitslosigkeit für die auf die Betriebe der Baustoffindustrie angewiesenen Arbeiter sein. Die Ziegeleibetriebe der Stadt Hannover sollten aber ihre besondere Aufgabe darin erblicken, nichts unversucht zu lassen, um den Beweis der besonderen Leistungsfähigkeit dieser Betriebe zu erbringen, um dadurch gleichzeitig auch Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen zu vermeiden.

Sonderbare Weisheit des Landesarbeitsamtes Schlesien.

Die Gauleitung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau Schlesien, stellte Anfang Juni an das Landesarbeitsamt Schlesien den Antrag, die Arbeiterschaft der Ziegeleindustrie zur Krisenunterstützung zuzulassen. Auf diesen unseren Antrag bekamen wir vom Landesarbeitsamt folgenden Bescheid:

An den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Gau 6, Schlesien, Breslau.

Betrifft: Zulassung der Angehörigen der Ziegeleindustrie zur Krisenunterstützung.

Zum Schreiben vom 11. Juni 1930.

Die von mir angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß etwa 87,5 Proz. der Ziegeleiarbeiter z. Zt. in Arbeit stehen und etwa 10 Proz. Arbeitslosenunterstützung erhalten. Der Rest von etwa 12,5 Proz. setzt sich aus Personen zusammen, die teilweise Wohlfahrtsunterstützung erhalten, teilweise ohne jede Unterstützung sind. Es kann unter diesen Umständen eine besonders ungünstige Lage des Arbeitsmarktes in der Ziegeleindustrie nicht anerkennen und muß zu meinem Bedauern ausdrücklich deshalb davon absehen, die Angehörigen dieses Berufes zur Krisenunterstützung zuzulassen bzw. die Zulassung bei dem Herrn Reichsarbeitsminister zu befürworten.

gez.: Gärtner, Präsident.

In der Ziegeleindustrie Schlesiens sind rund 16—17 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Seit Jahren führt die Gauleitung genaue Statistik, um die Arbeitslosigkeit allmonatlich zu erfassen. In den letzten

drei Jahren war die Arbeitslosigkeit in dem 1. Halbjahr wie folgt:

	Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni
1928	18,0	14,2	7,4	2,5	1,8	2,7
1929	31,9	48,3	44,7	20,2	3,3	8,0
1930	65,1	64,4	55,5	46,3	31,2	25,0

Die Gegenüberstellung der tatsächlichen Verhältnisse, wie sie unsere Statistik ausweist, zeugt von der Willkürlichkeit, wenn nicht gar von Blindheit des Landesarbeitsamtes.

Von wo schöpft das Landesarbeitsamt seine Weisheit, daß 87,5 Proz. der Ziegeleiarbeiter z. Zt. in Arbeit ständen, 10 Proz. arbeitslos und nur 3 1/2 Proz. Wohlfahrtsunterstützungsempfänger wären?

Diese Feststellung ist nur ganz einseitig und unzulänglich getroffen. Vielleicht hat man nur eine Stichprobe im Stadtkreis Breslau gemacht, wo so gut wie keine Ziegeleiarbeiter wohnen. Bei den 87,5 Proz. Beschäftigten hat man, wie es scheint, einfach die Ausgetretenen hinzugerechnet.

Tatsache ist, daß durch die im Vorjahr frühzeitig abflauende Beschäftigungsmöglichkeit ein großer Teil die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung überhaupt nicht erreicht, oder längst ausgezehrt ist.

Nach unserer Statistik war die Arbeitslosigkeit im 2. Halbjahr der Jahre 1928 und 1929 wie folgt:

	Juli	August	Sept.	Oktob.	Nov.	Dezemb.
1928	1,1	1,7	3,1	6,7	14,4	22,0
1929	9,7	11,3	15,0	34,4	44,3	61,1

Der Präsident des Landesarbeitsamtes hätte die Dinge bei etwas gutem Willen, ehe er seine Entscheidung fällte, wissen können. Nicht nur durch unser Zahlenmaterial, sondern auch durch den Sachbearbeiter im Landesarbeitsamt, Herrn Dr. Reichelt. Herr Dr. Reichelt war ehemals Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Ziegeleindustrie in Schlesien, später in Sorau, O. L. Sollten etwa die Feststellungen mit genau der Gewissenhaftigkeit getroffen worden sein, wie Dr. R. früher als Syndikus den Arbeitnehmerorganisationen gegenüber seine Argumente vertrat? Dann wäre es nur die Fortsetzung seiner Ränke, die er früher verjuchte durchzuführen.

Ziegeleiarbeiter, der Aufbau, Ausbau und die Handhabung der sozialen Gesetzgebung ist abhängig von der politischen Konstellation in der Gesetzgebung.

Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse im Reich werfen auch hier ihre Schatten auf die soziale Gesetzgebung. Die jetzige sozialistische Regierung unter Führung des Zentrums unternimmt alles, um die sozialen Gesetze, besonders die Erwerbslosenfürsorge, zu verschärfen. Die reaktionären Beamten, wie sie auch in der sozialen Versicherung leider teilweise noch finden, wittern Morgenluft und tragen in ihrer Auslegung das übrige zur Verschlechterung noch mit bei. Ziegeleiarbeiter! Je nachdem der politische Einfluß der Arbeiterklasse im Reichstag und Reichsregierung ist, so wird sich auch der Ausbau und die Anwendung der sozialen Gesetzgebung gestalten.

Am 14. September habt ihr Gelegenheit, geht den Reaktionen, wie sie jetzt in der Reichsregierung liegen, den vertonten Fußtritt. Wählt die Liste der Vertreter der Arbeiterklasse, und zwar der Sozialdemokratischen Partei! F. r. L. h.

Bürgerler Tonwarenindustrie.

Von Kriegsende bis heute hat sich der Geschäftsgang der Tonindustrie in Würzel sehr unheimlich abgewandelt.

Konjunktur und Krise haben ständig abgewechselt. Obwohl seit 1919 bis zur höchsten Inflationszeit man nur von Hochkonjunktur reden konnte, ist von dieser Zeit an ein regulärer Geschäftsgang unserer feinkeramischen Erzeugnisse nicht wieder zu verzeichnen gewesen.

Die Leipziger Messe, die bisher als Hauptmaßstab für den Absatz unserer Produkte angesehen war, bringt von Jahr zu Jahr weniger Aufträge. Das hat seine Gründe einerseits in dem Mangel an Auslandsabsatz, bedingt durch die niedrige Kaufkraft der Löhne; zum anderen wird der Absatzmarkt im Ausland durch ständige Zollserhöhdungen drohend. Ein weiteres Uebel besteht darin, daß man im Ausland, hauptsächlich in Amerika, was als Hauptabnehmer unserer Produkte in Frage kommt, nach dem Kriege dazu übergegangen ist, eigene Fabrikation zu betreiben. Doch was Qualität anbelangt, können unsere Produkte mit denen des Auslandes wohl jederzeit konkurrieren, ja sogar einen Vorzug einnehmen. Der beste Beweis, daß unsere Industrie hochwertige Erzeugnisse liefert, liegt darin, daß diese schon vor und auch nach dem Kriege auf großen Ausstellungen (Böln und Dresden) mit goldenen Medaillen prämiert worden sind. Mit gutem Recht kann man behaupten, daß unsere Fabrikate als Spezialartikel gewertet werden.

Woran liegt es nun, daß trotz dieser Vorzugsstellung ein derartig enormer Rückgang im Absatz zu verzeichnen ist? Die Arbeiter tragen gewiß keine Schuld; sind doch in bezug auf Entlohnung sie stets als Arbeiter zweiter Klasse behandelt worden. Die Würzel vom Uebel kann also nur auf der anderen Seite, beim Unternehmer zu suchen sein. Es besteht wohl in der Hauptsache darin: Auf Grund des Spezialerzeugnisses haben sie sich zu einer Ueberhebung der Preise hinreizen lassen. Es würden wohl im Ausland leichter Absatzgebiete zu gewinnen sein, wenn man in dieser Richtung etwas Saare lassen würde und die Verkaufspreise etwas herabsetzte. Der alte merkantilistische Grundsatz: „wenig Nutzen, großer Umsatz“, muß auch bei unseren Unternehmern wiederkehren. Das kann geschehen, sind doch die Betriebe schon während der Inflationszeit zur Höchstleistung technisch geworden, ohne sich Schaden zuzufügen.

Jur Zeit ist wohl der tiefste Stand des Absatzes erreicht, der je zu verzeichnen gewesen ist. Es hat den Anschein, als ob sich diese Industrie so gut wie gar nicht wieder beleben würde. In Betrieben, in denen zur Winterzeit 20 bis 25 Mann Beschäftigung fanden, sind heute noch 2 bis 3 in Arbeit. Der Unternehmer macht es sich auch leicht, indem er das Betriebsrisiko zum größten Teil auf die Arbeiterschaft, zum anderen auf einen sozialen Versicherungszweig, die Arbeitslosenversicherung, abwälzt. Auf Lager läßt man eben heute nichts mehr arbeiten. Sind keine Aufträge mehr da, wirft man die Arbeiter auf die Straße, obwohl man weiß, daß man bei Wiederbelebung nur auf seine eingearbeiteten Leute angewiesen ist; denn trotz Lohnsenkung stellt heute die Herstellungsweise zum größten Teil noch ein künstlerisches Handwerk dar. Doch es ist wie allgemein im Leben: „Kunst geht beteln“.

Es hat auch den Anschein, als ob man den wirtschaftlichen Tiefstand dazu ausnützen wollte, um die Arbeiterschaft gefügig zu machen, damit sie sich vielleicht um jeden Preis zur

Arbeit anbieten solle und weiter auf ihre wenigen Rechte, die sie heute besitzt, freiwillig Verzicht leistet. Daß das nicht geschieht, dafür wird unsere Organisation, der Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund, Sorge tragen. Für die Kollegen aber, die noch abseits stehen, sei es ein Mahnruf, gerade jetzt in Zeit niedergebender Konjunktur, sich ihrer Schwäche als einzelne bewußt zu werden, und hieraus ihre Schlüsse zu ziehen, indem sie einen Rückhalt in unserer Organisation finden sollten, und ihren Beitritt erklären. Nur dadurch können sie sich den Machtgeboten der Unternehmer entziehen. Vereint sind auch Schwache mächtig. Wie sagt doch der Schreiber des Artikels in der Jubiläumsschau unseres Organes, der dem 1. Vorsitzenden, unserem Kollegen August Brey, gewidmet ist: „Wenn es heute noch keine Arbeiterverbände gäbe, müßten wir sie morgen unbedingt gründen.“

Einbed, Dampfziegelei Suthoff.

Kein Eldorado für Ziegelarbeiter ist die Dampfziegelei von Wilhelm Suthoff in Einbed. Schon während des Krieges war Suthoff ein gefürchteter Mann, die Gefangenen können darüber ein Lied singen. Als der Krieg zu Ende ging, war eine Auslieferungsliste von Deutschen an die Siegerstaaten gefordert; auch darauf befand sich der Name dieses Arbeitgeberers. Aus der Auslieferung ist nichts geworden und der Stamm dieser Allgewaltigen ist wieder stark geschwollen. Dieser war es nicht möglich die Akkordsätze für die Ziegelarbeiter so zu regeln, daß die Arbeiter damit einverstanden sein konnten. Im Jahre 1927, als von der Organisation neue Akkordsätze gefordert wurden, hat man es verstanden, durch einen Trick die Sache zu umgehen, die damaligen Akkordsätze sind noch nicht wieder erhöht, sondern sind dieselben geblieben. Die im Abkommen festgelegten Akkordsätze werden nicht erreicht und immer wird noch nicht verdient, das sieht man auch den an. Wie es aussieht, dafür ein anderes Beispiel: Die Ofenleute erhalten einen Abzug von 6,5 Proz. pro 100 Steine für Bruch, die Pressarbeiter einen solchen von 5,5 Proz. pro 100 Steine. Weiter sollen von jetzt ab die Löhne im Stundenlohn um 2 Pf. und der Akkordstundenlohn um 6 Pf. abgebaut werden, damit der arme Unternehmer sein abenteuerliches Leben fristen, jedem seiner Söhne eine Villa bauen kann. Auf Grund des niedrigen Lohnes kann die Arbeit fortgesetzt werden. Der Appetit kommt aber beim Essen, so auch bei Herrn Suthoff, er verlangt noch von den Akkordarbeitern, daß sie den Bruch nach Feierabend aus den Gerüsten und Defen besorgen ohne eine Bezahlung. Daß die Arbeiter zu den Forderungen des Herrn Suthoff nun Stellung nehmen, hat man nicht gedacht. Da die Mehrarbeit von den Arbeitern abgelehnt ist, hat man kurzerhand einen Arbeiter entlassen mit der Bemerkung wegen „Unregelmäßigkeiten“. Auch dieses dürfte für Herrn Suthoff noch ein Nachspiel haben betr. der Arbeitslosenunterstützung. Die Gewinnjucht wird aber noch weiter dokumentiert dadurch, daß die Preise für Steine pro 1000 Stück eine Mark höher liegen als für Betriebe, die nicht so entwickelt sind und keine Bahnverbindung haben. Die Arbeitszeit für den Betrieb regelt nur Herr Suthoff, die Arbeiter haben nichts zu sagen, sondern nur zu arbeiten. Als Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes Hannover-Braunschweig ist

Herr Suthoff von allem unterrichtet, was im Gebiet des Arbeitgeberverbandes vor sich geht. So war es auch im letzten Winter. Im Betriebe wurde 10, 12 und 14 Stunden gearbeitet. Anlaß dazu gab wohl die Absicht der Arbeitgeber, einen Lohnabbau vorzunehmen. Als das neue Lohnabkommen gefällig war, wurde wieder 8 Stunden gearbeitet, weil man nicht auf seine Rechnung gekommen war und der alte Lohn weiter bestehen blieb. Allen Ziegler Deutschlands können wir empfehlen, eine Kampagne bei Herrn Suthoff zu arbeiten, damit sie diesen Menschenfeind einmal kennenlernen. Neben dem alten Herrn laufen noch zwei Söhne im Betriebe umher, die sich zur Aufgabe gestellt haben, den Arbeiter nach Strich und Kaden zu schürzeln, dafür haben sie aber auch die höhere Schule besucht, um dieses Prädikat zu erhalten, etwas anderes konnte dabei nicht herauskommen. Wir bitten alle Ziegler, Arbeit bei Herrn Suthoff nur dann anzunehmen, wenn die tariflichen Bestimmungen restlos erfüllt sind und die Behandlung eine menschenfreundlichere geworden ist.

Wkn.

Nach längeren Verhandlungen mit der Firma Josef Weiß & Söhne, Warmwasserwerke in Böln-Poll, ist es gelungen, einen Rahmenvertrag abzuschließen. Für den Betrieb besteht ein Lohnarif, aber für die übrigen Lohn- und Arbeitsbedingungen waren keine Vereinbarungen getroffen. Die Firma stellte sich anfänglich auf den Standpunkt, jede Verhandlung über den Abschluß eines Rahmenvertrages abzulehnen und hat auch beim Schlichtungsausschuß dieselbe Haltung eingenommen. Es kam aber eine Vereinbarung dort zustande, daß die Parteien nochmals in Verhandlungen eintreten, um den Versuch zu unternehmen, auf Grund freier Vereinbarungen zum Abschluß eines Vertrages zu kommen.

Das ist erfreulicherweise gelungen, und alle Fragen des Arbeitsverhältnisses sind nunmehr tariflich festgelegt. Gegenüber dem bisherigen Zustande ist die Arbeitszeit auf täglich 8 Stunden festgesetzt. Die Zuschläge für Ueberstunden betragen 25 Proz., Sonntagsarbeit wird mit 50 Proz. Aufschlag vergütet. Der Urlaub, der bislang nicht geregelt war, beträgt im 1. Jahre 3 Tage und steigt nach 4 Jahren bis auf 6 Tage. Außerdem sind eine Reihe sonstiger Verbesserungen erzielt worden, die bislang nicht bestanden.

Es muß Aufgabe der Arbeiterschaft sein, den Vertrag durch geschlossenes Eintreten für die darin festgelegten Rechte zu verteidigen, damit es gelingt, weitere Verbesserungen durchsetzen zu können. Das kann aber nur dann geschehen, wenn die Arbeiterschaft sich restlos dem Keramischen Bund anschließt.

Syndikatsverhandlungen.

Die angekündigten und Anfang dieses Monats in Berlin gepflogenen Syndikatsverhandlungen der Wandplattenhersteller sind ergebnislos abgebrochen worden, da mit einigen Werken eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Neue Verhandlungen sind für Anfang Oktober vorgesehen. Die Verhältnisse am Wandplattenmarkt haben sich inzwischen weiter verschlechtert und es werden heute bis zu 45 Proz. Rabatt gewährt. Die Kaufkraft ist infolgedessen durch die günstige Einkaufsmöglichkeit keineswegs angeregt, vielmehr hält die Kaufkraft in Erwartung weiterer Preisermäßigungen mit ihren Einbedungen noch stärker zurück als bisher der Fall war. Der Grund des Nichtzusammenkommens lag in der Quotenverteilung.



Zeitbilder

aus dem Saargebiet.

Unter diesem Titel erschien in der christlichen „Keram- und Glasarbeiter-Zeitung“ Nr. 14, vom 5. Juli d. J., ein Artikel, worin man Bezug nimmt auf die persönlichen Differenzen Firmenich-Kranz, die seinerzeit so weit gingen, daß eine gerichtliche Auseinandersetzung folgte, in deren Verlauf der Ankläger Firmenich zum Angeklagten wurde und eine Strafe hinnehmen mußte.

In der Nr. 19 des „Keramischen Bundes“, vom 10. Mai d. J. wurden unsere Kollegen durch einen diesbezüglichen Artikel von den Vorgängen in Kenntnis gesetzt, so daß wir heute nicht näher darauf eingehen brauchen.

Wenn nun ein christlicher Gewerkschafter glaubt, wegen einer persönlichen Untugend eines nachrichtigen Menschen, den Stab über die freien Gewerkschaften brechen zu können, dann können wir ihm nur das eine ans Herz legen: Sieh zu, daß nicht eines Tages der Stab über dich gebrochen wird von deinen eigenen Mitgliedern.

Um auf den eingangs erwähnten Artikel einzugehen, müssen wir hier erklären, daß die ganze Darlegung geeignet ist, die Leser irrezuführen. Das wird auch der Zweck der ganzen Sache sein. Dem Leser soll es so scheinen, daß die ganzen Glasdiebstähle der letzten Jahre den fremden zugezogenen Glasmachern zur Last gelegt werden. Dies trifft nicht zu. Zu einer Zeit, als noch keine fremden und freigeorganierten Glasmacher im Betrieb der Badgassener Kristallfabrik tätig waren, wurde noch viel mehr Glas entwendet. Möge Bungen behaupten, daß so manches Haus in Badgassen aus dem Erlös dieser mitgenommenen Kristallwaren bezahlt wurde. Dies wurde von eingeweihten Badgassener Bürgern öffentlich bekämpft.

Desgleichen ist es unmaß, daß nur die fremden Glasmacher ein Vorteil hatten, innerhalb des Betriebsgeländes wohnen zu dürfen. Auch ein Urzeugschneider hatte dort ein Wohnhaus. Damit wollen wir keineswegs behaupten, daß derselbe auch an diesen Affären teilhabe. Heute wohnt keiner der damaligen Wohnhausbesitzer mehr auf dem Gürtelgelände. Zum größten Teil sind sie nach auswärts verzogen. In eine Familie davon wohnt noch außerhalb des Gürtelgeländes in Badgassen, und völlig einwandfrei ehrbare Familien sind an ihre Stelle getreten, und doch kommt es so, daß die Red in Gemeingarten eingepfercht ist, daß trotzdem der Stolz verjährt. Die letzten Einbedungen waren ja zur Sprache gekommen, daß die fremden Kräfte nicht daran beteiligt sind, wie es in dem Artikel behauptet wird. Daß die ganze Firmenich-Kranz Affäre erst unter der neuen Leitung des Herrn Direktor Burger ins Rollen kam, war nur ein Umstand zu bedenken. Wir berichten, der Firmenich sich bei Herrn Burger eine gute Nummer verschaffen wollte, als er die Sache zur Sprache brachte. Unter dem Regime des Herrn Direktor Burger war ja die ganze Affäre für den Beteiligten im geringsten Sinne vom Sekretär Dohlsch beigelegt worden, und Firmenich hätte nie mit einer Verdrängung ankommen können.

Solche Charaktere finden sich leider überall, auch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind sie vorhanden. Reizens offenbaren sie sich erst dann, wenn es zu spät ist, das Unheil abzuwenden, das sie angerichtet haben. Wenn es dich interessiert, Herr Artikel-Schreiber, so frage deine Mitglieder in

Badgassen, die schon öfter über eine bestimmte Person geklagt haben, die als christl. Funktionär so hinterherum zum Schaden der Arbeiterschaft gearbeitet hat. Wir erwähnen hier das nur, was uns von christlichen organisierten Kollegen so manchmal schon zugetragen wurde.

Dann ist es jedenfalls gerade auch nicht sehr angenehm für die jetzige Leitung der christlichen Gruppe, zu bestätigen, daß man in der ganzen Ortsgruppe Badgassen die christlichen Funktionäre (abgesehen von dem jetzigen Vorsitzenden, und wenn's gut geht noch zwei anderen), die fähig sind, die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen und die Situation zu erkennen, in der sie sich befinden, mit der Lupe suchen muß.

U. E. wäre es für den Artikelschreiber der „Keram- und Glasarbeiter-Zeitung“ angebracht, er würde anstatt solche tendenziöse Artikel auf seine Mitglieder loszulassen, seine Zeit mit der Bildung derselben verwenden, auch könnte er versuchen, ihnen die Erkenntnis beizubringen, daß eine übernommene Funktion nicht bloß mit sich herumgeschleppt werden soll, sondern daß dieselbe Pflichten auferlegt und sie deshalb unter allen Umständen im Interesse der Arbeitnehmer ausgeübt werden muß.

Nürnberg, Jubiläumsfeier.

Die Zahlstelle Nürnberg kann auf ein 25jähriges Bestehen, auf ein Vierteljahrhundert voll Kampf und Erfolge zurückblicken. 200 Mitglieder zugleich feiern ihre 25jährige Zugehörigkeit zum Verbands. Die Zahlstelle konnte einen solchen Anlaß nicht vorübergehen lassen, ohne einen Augenblick stehen zu bleiben und einen Blick auf das Werden und auf die Erfolge zurückzuwerfen und die Jubilare würdig zu ehren.

Der Verband hatte für den 29. Juli seine Mitglieder zu der Gründungsfeier ins „Gesellschaftshaus Gartenstadt“ eingeladen. Der Saal bot ein ganz ungewohntes Bild: Ein großer Saal hing rot und schwarz-rot-goldene Fahnen. In der Mitte war wirkungsvoll dekoriert, die Tische prangten mit Blumen, und auf der langen Tischreihe für die 200 Jubilare waren die Ehrengaben, eine wundervoll künstlerisch ausgestaltete Urkunde, die Festschrift des Verbandes, sowie eine kleine Geldgasse nebst einem Blumensträußchen. Und wer glaubt nicht, daß schon zu sein, und einen besonders schönen Platz zu ergattern, wenn er eine halbe Stunde früher kam, der merkt, daß er sich geküßt hatte. Lange vor Anfang war der Saal überfüllt. Mit einem schneidigen Marsch eröffnete die Kongresskapelle König die Folge von musikalischen, gesanglichen und turnerischen Vorstellungen. Den Uebergang zur Festrede des Verbandsvorsitzenden, Kollegen August Brey, bildete ein Männerchor „Zur neuen Welt“, der vom Polkschor Hans Sachs, unter Leitung von Lothar Kraus, so großartig und mächtig vorgetragen wurde, daß er stärkste Wirkungen hinterließ.

Nachdem der Vorsitzende der Zahlstelle Nürnberg, Kollege Herrmann, die Ergebenheiten, besonders auch die 200 Jubilare, herzlich begrüßt hatte, betrat Kollege August Brey, der langjährige Führer des Gesamtverbandes, die Tribüne und hielt die Festrede. Er gab einen Rückblick auf die Zeit vor 40 Jahren, als der Verband gegründet wurde, er schilderte, wie sich damals nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Unternehmer scharf dem Verein für soziale Reform, den sogenannten Kathedersozialisten, entgegenstellten, die Tarifverträge, Arbeitsrecht und Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb verlangt hatten.

Damals sagten die Industrieherrn: Der Arbeiter ist unser Untergebener, er muß gehorchen sein, er muß sich fügen, solange er in unserem Sold und Brot steht! Aber das Kommando ließ sich nicht aufhalten. Ungeheure Schwierigkeiten stellten sich der Durchführung dieser Forderungen in den Weg, aber sie wurden erlöst! Heute erkönt wieder der Ruf nach Lohnabbau, nach der Vereinfachung des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung. Besonders die Arbeitslosenversicherung hat größte lohnpolitische Folgen. Nur ihr ist es zu verdanken, wenn sich bei Millionen von Arbeitslosen die Löhne und Rechte der Arbeiter halten können, wenn die Arbeitslosen keine Lohnrücker wurden.

Kollege Brey kam dann näher auf die Gründung und auf die Geschichte der Verbandsstelle Nürnberg zu sprechen. Schon der Umzug aus den engen Verhältnissen in der Pöschelgasse in das Haus am Weberplatz stellt ein äußeres Zeichen des Fortschrittes dar. Die Löhne zur Zeit der Gründung des Verbandes waren unglaublich niedrig, so betragen z. B. bei der Firma E. Conrady in Nöfentbach a. P. bei 16- bis 18stündiger Arbeitszeit die Stundenlöhne 18-20 Pfennig.

Aber schon nach wenigen Jahren des Bestehens konnte die junge Zahlstelle die ersten größeren Erfolge erzielen. Von den 17 ersten Lohnbewegungen verliefen 16 erfolgreich. Die ersten Erfolge nach oft hartem Kampfe wurden erzielt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter oft grundlegend geändert. Und aus dem kleinen Häuflein von 28 Mitgliedern ist inzwischen eine Zahlstelle mit 6000 Mitgliedern geworden. Besonders erfreulich ist es auch, daß die Jugend Schulter an Schulter mit den alten Kollegen für das eine große Ziel kämpft. Wenn wir heute den Jubilaren danken für ihre Treue zum Verbands, dann stellen wir sie der Jugend als nachahmenswerte Vorbilder hin! Ihnen aber wünschen wir, daß sie noch recht lange mit uns kämpfen mögen. Wir können unseren Dank nicht besser abtaten, als durch ein neues Gelöbnis für unsere Sache.

Mit einmütiger Begeisterung stimmten alle Anwesenden in das Hoch auf den Verband und auf die Zahlstelle Nürnberg ein.

Kollege Pfeiffer überbrachte dann die Grüße des Ortsausführes Nürnberg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er präzisierte nochmals die Entwicklung und die Erfolge und gedachte auch anerkennend der 25jährigen Tätigkeit des Kollegen Herrmann, des Vorsitzenden der Zahlstelle Nürnberg. Eine kleine Ehrung des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Brey, hatte sich die Jugendgruppe ausgedacht. Sie überreichte ihm nach der Verlesung im Lichte eines Widmungsgedicht und eine Palme. Tränen der Rührung standen dem alten Führer in den Augen, als er für die Anerkennung und die herzliche Teilnahme dankte. Nicht sein Verdienst sei der Aufstieg, und solange es geht, werde er im Geiste und mit der Tat mitwirken.

Darauf dankte noch Kollege Georg Dohlsch im Namen der Jubilare für die vielen Aufmerksamkeit und die Gaben.

Dann konnte das Programm seinen Fortgang nehmen. Der Polkschor Hans Sachs fand mit der prächtigen Wiedergabe des gemischten Chores: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, einen berechtigten Beifall. Das Musikprogramm war sehr gut zusammengestellt. Eine sehr schöne und freudig aufgenommene Abwechslung war ein Langzeitgen und eine Jodel-Riege (Waldspringen) der Turnerinnen des Arbeiter-Turn- und Sportvereins St. Johannis. Auch die mit Schwung und Grazie vorgeführte „moderne Gymnastik“ fand starken Beifall. Die Jugendabteilung des Fabrikarbeiterverbandes trug durch

etliche Reigenaufführungen zur Verschönerung des Festes bei, und der Volkshor Hans Sachs zeigt noch mehrmals seine hohe Vollkommenheit. So fassen die Besucher bis spät in die Nacht beisammen und tauschen ihre Erfahrungen und Erinnerungen aus, während sich im kleinen Saal die Jugend beim Tanz belustigt. Das heißt, manchmal konnte man kaum mehr von Belustigung sprechen, denn das Gedränge war etwas zu groß. Nebenfalls kam jeder auf seine Rechnung und ging mit dem Gefühl fort, einen schönen Nachmittag verlegt zu haben. Der Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Nürnberg, hat ihrer Gründungsfeier einen würdigen Rahmen gegeben.

Danzig, Zahlstellenkonferenz.

Seit dem Herbst 1928 besteht in Danzig das Arbeitnehmer-ausschüßgesetz (in Deutschland: Betriebsrätegesetz). Ueber die ungeheure Wichtigkeit des Gesetzes für die Arbeiterschaft ist sich wohl jeder Gewerkschaftsfunktionär klar, doch besteht durch die erst kurze Praxis bei vielen Arbeitnehmerratsausschüssen hinsichtlich der einzelnen Bestimmungen und deren Auslegung noch viel Unklarheit und Unkenntnis. Um diese Lücken auszufüllen berief die Zahlstelle Danzig am 13. Juli 1930 eine Betriebsräte- und Vertrauensmännerkonferenz ein, auf welcher als erster Tagesordnungspunkt ein Referat über „Die Bedeutung des BtG. für die Arbeiterschaft“ des Kollegen Adler, Hannover, fand.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende der Zahlstelle, der Kollege Korsiniowski, die aus etwa 80 Teilnehmern von Stadt und Land zusammengesetzte Konferenz; und wies auf das entsetzliche Unglück in Waldenburg hin, bei welchem weit über 150 Bergarbeiter ihr Leben lassen mußten.

Die von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen des Kol. Adler fanden aufmerksame Zuhörer. Kollege Adler betonte gleich anfangs, daß das Gebiet des Arbeitsrechts so umfangreich ist, daß es unmöglich ist, eingehend darüber zu referieren und er sich daher auf die wichtigsten Streitpunkte des BtG. beschränken mußte.

Ausgehend von den Arbeitsrechtsverhältnissen vor dem Kriege, zu welcher Zeit nur die O. und seit dem Jahre 1910 das Hilfsdienstgesetz die einzige Möglichkeit boten, wirtschaftliche Streitigkeiten der Arbeitnehmer gerichtlich auszulösen, sprach A. ausführlicher über die Entstehung des BtG., das durch Verordnung der Volksbeauftragten am 28. Dezember 1918 beschlossene wurde.

Nach dieser Verordnung wurde die Errichtung von Arbeiterratsausschüssen zur Pflicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemacht und sollte die Hauptaufgabe der Arbeiterratsausschüsse darin bestehen, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten.

Es übersteigt den Rahmen eines Berichts, ausführlich den Inhalt des überaus reichhaltigen Referats wiederzugeben, deshalb sei nur noch gesagt, daß die anwesenden Betriebsräte über die wichtigsten Streitpunkte, wie Abhalten von Sitzungen innerhalb der Arbeitszeit, Freistellung des 1. Vorsitzenden, Stellung von Männern zur Entgegennahme der Beschränkungen und zum Abhalten der Betriebsbesammlungen, Uebernahme der Amtskosten des Bt. durch den Arbeitgeber, Teilnahme der Gewerkschaftsvertreter an den Betriebsratsitzungen usw. volle Aufklärung erhielten, und es wäre nur zu wünschen, daß alle Betriebsratsmitglieder ihr Amt so ausfüllen, wie der Referent es ihnen an Hand vieler Beispiele gezeigt hat.

Mit dem Hinweis auf die große Bedeutung der richtigen Erfüllung der Pflichten eines Betriebsrates, der, wenn er nicht organisiert ist, zum größten Teil zum Schaden der Arbeiterschaft arbeitet und mit dem Appell, daß alle Funktionäre mithelfen, in dieser Zeit der wirtschaftlichen Aufschwüfung, der Zeit der Lohnabbauforderungen, unsere Reihen zu stärken, schloß Kollege Adler sein Referat.

Nachdem der Zahlstellenleiter Kollege Petrovski einen kurzen Geschäftsbericht gegeben hatte, wurde die Konferenz mit einem Hoch auf unsere Organisation geschlossen.

Windheim, Christliche Taktlosigkeit.

Am 17. Juli wurde in Windheim ein junger Kollege beerdigt. Die Mitglieder der Zahlstelle Windheim waren fast alle erschienen, um ihrem leider viel zu früh verstorbenen Kollegen die letzte Ehre zu erweisen. Der Bevollmächtigte legte im Namen des Fabrikarbeiterverbandes, Zahlstelle Windheim, einen Kranz am Grabe nieder, der mit einer roten Schleife versehen war. Ehe Pfarrer Wagner die Einsegnung vorzunehmen begann, leistete er sich eine Taktlosigkeit sondergleichen. Er brüllte angesichts der roten Schleife: „Wir begaben hier einen Katholiken, denn sonst würde ich nicht hierherkommen. Daß sich Leute mit roter Farbe und Fahne hierherwagen, auf deren roter Farbe die Ehe-scheidung und Ehezerstörung hastet, ist eine Ungezogenheit.“

Ange-sichts einer so großen Zahl freige-werkschaftlich organisierter Arbeiter sind diese Worte eine Provokation, zumal Pfarrer Wagner nicht den Wahrheitsbeweis antreten kann, wo und wann der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands für die Ehe-scheidung oder Ehezerstörung eingetreten ist. Selbst der einfachste Arbeiter besitzt mehr Wahrheitsliebe, Anstand und Taktgefühl als dieser Pfarrer. Oder hat der Pfarrer Wagner 14 Jahre Studium genieschen müssen, um zu lernen, daß man sich so aufführt. Wenn jemand eine Ungezogenheit bei dieser Beerdigung begangen hat, so war dies nur Pfarrer Wagner.

Und dieser Pfarrer nennt sich die Mutter der Christlichen Gewerkschaft hier am Ort.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Nieht die Konsequenz aus diesem Vorfall, indem ihr euch die Frage vorlegt: „Wie würde es uns ergehen, wenn wir diesen Anführern der Arbeiterbewegung, die die rote Farbe, die Farbe der Liebe und der Brüderlichkeit, mit Schmutz und Kot bewerfen, folgen würden. Wie würde es uns ergehen, wenn wir uns Leuten anvertrauen würden, die weder Not noch Entbehrung kennen, die, zusammenge-schlossen in der Bayerischen Volkspartei, den schärfsten Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung sowie gegen die Krankenversicherung führen? Wenn ihr euch diese Fragen beantwortet habt, so werdet ihr sagen: „Nun erst recht hinein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands; denn da werden die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft vertreten, nur da wird der Kampf gegen die Feinde der Arbeiterbewegung mit Erfolg geführt.“

Arbeitsmarkt.

- (Sajereale unter Ehre werden nicht angenommen.)
- Junger Maler, 21 Jahre alt (ledig), sucht baldigst Stellung. Besonders gut auf Wappen und Landschaften eingearbeitet. Gest. Anerbieten an Otto Müller, Rudolfsstadt in Thüringen, Baumgarten Nr. 11.
- Porzellanmaler, 19 Jahre alt, bestens bewandert in allen Fächern der Aufmalerei, sucht baldigst Stellung. Ausland bevorzugt. Gest. Angebote an den „Keramischen Bund“ unter „F. 28“ erbeten.
- Tüchtiger Abpolierer, perfekt in Scharf- und Hellpolieren sowie Ausbessern, sucht möglichst bald passende Stellung. Angebote an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Wernburg (Anhalt).

Höhr-Grenzhausen, Gewerkschaftsfest.

Am 18. und 20. Juli veranstaltete die Zweigstelle Wlogendorf des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands anlässlich der zehnjährigen Zugehörigkeit zur Bezirkszahlstelle Höhr-Grenzhausen ein Gewerkschaftsfest, das als voller Erfolg für die Bewegung bezeichnet werden kann. — Der Saal war beim Festkommers am Sonnabendabend überfüllt. Es konnten nicht alle Teilnehmer untergebracht werden. Mit einer kurzen Begrüßungsansprache des Bezirksleiters, Kollegen Orie, wickelte sich ein reichhaltiges Programm ab unter freundlicher Mitwirkung des Freien Rufpfeifers des Arbeitergesangsvereins Wirges, der Arbeiter-Turnerschaft von Wlogendorf und der für das Fest verpflichteten Kapelle Griebling-Wlogendorf. Alle Vorstellungen erzielten reichen Beifall. Als angenehm empfunden wurden wieder zur Laute und Meditationen von Herrn Karl Wallenda, Koblenz. Allgemeines Urteil war, daß Wlogendorf selten einen so glänzenden Festkommers erlebt hat. Deshalb allen Mitwirkenden an dieser Stelle nochmals besten Dank.

Obwohl in der Festwoche der Regen nicht aufhören wollte, lachte am Festsonntag die Sonne und dank der nun

schönen Bitterung gestaltete sich die Veranstaltung zu einer Massendemonstration. Die Zahl der Besucher kann ruhig mit 1000 angenommen werden. Es bewegte sich mittags ein starker Westwind durch den fahnenbesetzten Ort. Saalbau, Festzeltüberfüllung und Festbesetzung wie selten. Unter Mitwirkung derselben Vereine wie beim Festkommers und weiterer Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins Grenzhausen und des Arbeiter-Samariter-Bundes Wirges und des Trommorkorps der freien Turnerschaft Wirges, wurden wiederum gesungene, turnerische und musikalische Darbietungen gegeben, so daß auch der Festsonntag allen Teilnehmern genussreiche Stunden bot. Mit der Festrede des Kollegen Parfisch vom Hauptverband des Fabrikarbeiterverbandes in Hannover wurde der Höhepunkt des Festes erreicht. Auch ihm sei an dieser Stelle für seine treffenden Ausführungen unser Dank erstatet. Mit dem Verlösniß der Treue zur Organisation und einem Hoch auf den Fabrikarbeiterverband und die gesamte internationale Arbeiterbewegung schloß er seine Ausführungen, die reichen Beifall erzielten. — Für Minderbegriffungen verschiedener Art, die auch die anwesenden kleinen beglückten, war gesorgt, auch zum Tanzen bot sich mehr als Gelegenheit. — Unseren Gewerkschaftskollegen von Wlogendorf rufen wir zu: „Weiter so auf dem Wege zur Organisation!“ Das Fest hat dazu beigetragen, den Gedanken der Freien Gewerkschaften auch auf dem Untervesterwald siegreich durchzuführen. Hans Orie.

Unseren Frauen u. Mädchen

Die Arbeiterinnenfrage auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden, die im Mai eröffnet wurde und bis Oktober dauern soll, vermag uns recht anschaulich die steigende Bedeutung der Arbeiterinnenfrage zu zeigen. Wir finden unter den vielen Hallen, die der große Ausstellungspalast birgt, auch eine mit der Aufschrift: Die Frau in Familie und Beruf. In dieser Halle ist so außerordentlich wichtiges und lehrreiches Material zur Frauenfrage zusammengetragen worden, daß es notwendig erscheint, in folgendem darüber ausführlicher zu berichten.

Beim Betreten der Halle fällt unser Blick sofort auf zwei lebensgroße Plakate, die eine Mutter mit einem Säugling auf dem Arm und ein vorwärtsschreitendes Mädchen darstellen. Daneben lesen wir einen Spruch: „Die Frau kann sich eine gesunde Lebensführung nur sichern, wenn sie ihre Aufgabe in Familie und Beruf in Einklang bringt.“ Dieser Spruch ist schließlich das Leitmotiv für die ganze Ausstellung in dieser Halle, und man möchte nur wünschen, daß recht viele arbeitende Frauen und Mädchen Gelegenheit hätten, selbst die Ausstellung zu schauen.

Beim Mundgang sehen wir zunächst an einigen Darstellungen, wie sich die Frauarbeit im Wandel der Zeit veränderte. Die Arbeit wandert aus dem Hause und geht in Form von Fertigkeiten zurück. Durch die Produktion in der Fabrik wird der Haushalt entlastet, und es werden Kräfte frei für den Dienst an der Allgemeinheit. Einige Bilder zeigen dann auch die Frau als Mednerin, beim Umgang mit Kindern, in der Heilssarme und in anderen selbstgewählten Berufen. Statistische Angaben informieren über die weibliche Bevölkerungszahl und die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen. In Deutschland gibt es: 16 Millionen ledige Frauen, davon 7 Millionen erwerbstätige; 12 Millionen verheiratete Frauen, davon 4 Millionen erwerbstätige; 8 Millionen verwitwete und geschiedene Frauen, davon 1 Million erwerbstätige.

Die Berufsgliederung der weiblichen Erwerbstätigen ist folgende: Selbständige 8 Proz., Angestellte 18 Proz., Arbeiterinnen 80 Proz., mithelfende Familienangehörige 36 Proz. und Hausangestellte 12 Proz. — In einer besonderen Tafel sind alle Frauenberufe bildlich und statistisch einzeln dargestellt.

Die biologische Beanspruchung der Frau findet durch bildliche Darstellungen eingehende Erläuterung. An zwei Holzfiguren mit je einer Last auf den Schultern wird gezeigt, wie die Frau im Gegensatz zum Manne unter der ihr auferlegten Bürde fast zusammenbricht. Die körperliche Beschaffenheit der Frau bedingt ungleich größeren Energieaufwand. Man denke nur an die regelmäßigen Funktionen der Schwangerschaftsbereitschaft (Menstruation), an all die übrigen Aufgaben der Mutterschaft und das Abklingen der Gebärfähigkeit (Wechseljahre). Hinzu kommt die Doppelbelastung der erwerbstätigen Frau durch Beruf und Haushaltführung. Eine Tabelle über die Sterblichkeitsziffern zeigt an, daß die Sterblichkeit der Frauen weniger gesunken ist als die des Mannes. In den Jahren der Fortpflanzung sterben die verheirateten Frauen um ein Fünftel zahlreicher.

Ein wirkungsvolles Plakat appelliert an die Kameradschaft des Mannes, damit den Frauen Erleichterung in der Haushaltführung werde. Das Leitmotiv einer Bildserie, wie es sein soll, heißt: „Wo die Arbeit der Mutter richtig gewertet wird, ist Hilfe von Mann und Sohn eine Selbstverständlichkeit.“ Ein Bild mit der Frage: Soll es so sein? — zeigt den Mann nach Feierabend seine Zigarre rauchend und die Zeitung lesend, während die Frau Köpfe und Kartoffeln aus dem Keller schleppt. „Hausarbeit ist Frauensache, da brauchen wir Männer nicht zu helfen!“ Es ist schlimm, daß noch heute viele Männer auch dann genau so denken, wenn ihre Frauen „nebenbei“ auch Erwerbsarbeit verrichten müssen. Soll es so bleiben, wirklich so sein? Mancher Mann könnte bei beider Betrachtungsweise hier noch lernen, wie die Frauen zu unterstützen, zu behandeln und zu bewerten sind.

Die Frage: „Warum ist die Frau erwerbstätig?“ findet durch ein Holzbild gute Beantwortung. In einem riesigen Block mit der Aufschrift „Nacht auf Arbeit“ sind eine ganze Reihe der Motive angegeben, die die Frau zur Erwerbsarbeit veranlassen. Als wichtiges ist die wirtschaftliche Selbsterhaltung hervorgehoben, ihr folgt die Erhaltung der Familie. Letztere ist gegliedert in: Erhaltung der Eltern und Geschwister und Anschluß an eigenem Haushalt. Als Ordnung des Ganzen finden wir auf der Spitze des Blockes die Steigerung der Lebensmöglichkeiten und Enfallung der Kräfte als Motive, die zur Erwerbsarbeit führen.

Erwähnenswert ist eine Bildserie über: Die Frau im häuslichen Beruf und Die Hygiene der Hausfrau. Vortrefflicher Einkauf, Ernährung, richtige Pflege des Kranken, Kinder- und Jugendpflege wird dargestellt. Ferner zweckmäßige Anordnung der Küche- und Aufwischarbeit, Gebrauch häuslicher Haushaltsgeräte, richtige Körperhaltung zu Kraftersparnis bei den verschiedensten Arbeiten.

Unter dem Motto: Die seelische Ruhe der arbeitenden Mutter muß durch gute Verpflegung ihrer Kinder gewahrt werden, ist darauf verwiesen, daß die Wartung der Kinder durch die Großmutter, durch ältere Geschwister, durch Kindertrippen, Kindergärten oder — wo sich die Frau leisten kann — durch eine Hausgehilfin gesichert sein muß. Die Notwendigkeit der Kinderverpflegung während der Erwerbsarbeit der Mutter wird besonders klar durch eine Statistik, wonach von 23 000 tödlich verunglückten

Menschen im Jahre 1926 jeder 4. tödliche Unfalltast ein Kind betraf, 1927 verunglückten tödlich 1000 Kinder mehr als an Scharlach und Diphtherie starben. Angesichts dieser ungeheuerlichen Zahlen und der Tatsache, daß immer mehr Frauen zur Erwerbsarbeit gezwungen sind und nicht die Mittel und Möglichkeit haben, ihre Kinder in sichere Obhut zu geben, ist die Schaffung moderner Heimstätten für die Kinder der arbeitenden Frauen ein dringendes Gebot der Zeit.

Wir sehen noch die Darstellung einer riesigen Uhr, davor fast in Lebensgröße eine Mutter, müde von der Arbeit kommend, in einer Hand den Kaffeekrug, auf dem anderen Arm ein Kindlein. Die Uhr zeigt den Tageslauf der arbeitenden Frau in allen Einzelheiten, wie: Wege von und zur Arbeit, Arbeitszeit, Hausarbeit usw. Als Gegenpol ist eine ruhende Frau dargestellt mit folgendem Sinnpruch: Frauen, die ihr von Natur aus Kräfte ewiger Erneuerung seib, heißt der Menschheit, wieder zu schöpferischer Ruhe zu gelangen.

Die viel belästete Frau soll auch Dienst an eigenen Ich tun. Sie soll wenigstens einen halben Tag in der Woche auch mal ein freier Mensch sein. Ebenso wichtig für sie sind die Ferien und die Einteilung der Freizeit an den Arbeitstagen; denn: Planvolle Gestaltung der Freizeit ist ungleich gegen die Doppelbelastung im häuslichen und außerhäuslichen Beruf.

Noch viel Interessantes bietet die Sonderschau auf der Ausstellung, aber längst nicht alle guten und wohlgemeinten Maßstäbe und Darstellungen, die zu den verschiedensten Frauenproblemen gegeben werden, sind für die arbeitende Frau praktisch, zielfähig und durchführbar. Wenn schon Einricht und guter Wille vorhanden, sind entsprechende Einteilung im beruflichen und häuslichen Leben zu treffen, treten soziale und wirtschaftliche Verhältnisse, besonders die Wohngelegenheiten hindernd in den Weg. Die Aussteller können bezugsnehmend auf die Tatsachen auch nicht umhin, in der erwähnten Halle statistische Angaben darüber zu bringen, wie die deutsche Familie wohnt. Daraus ist zu entnehmen, daß jede 8. bis 9. Familie wohnungslos ist und jeder 10. Stüber in einer überfüllten Wohnung hausen muß. Kommentar dazu erübrigt sich für uns. Wir wissen, was gerade die Wohnungsfrage für die Arbeiterschaft bedeutet. Die Aufgabe der Frau in Familie und Beruf „in Einklang“ zu bringen ist letzten Endes nur möglich, wenn die gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse zugunsten der arbeitenden Frauen geändert werden. Kindergeräten, Kinderheimen, Erholungsstätten für Mütter und Kinder, gesundes Wohnen, erträgliches Einkommen zur Deckung des Lebensbedarfs usw. sind Forderungen, die mit allem Nachdruck von den Vertretern der Arbeiterschaft gestellt werden und mit Sicherheit zur Lösung der Arbeiterinnenfrage führen. — Die Dresdener Ausstellung sagt uns viel. Aber im Wesentlichen handelt es sich um die Frage, was wir von der Ausstellung lernen können, und damit begeben wir uns aber auch schon auf das gewerkschaftliche und politische Gebiet. Für alle unsere Kolleginnen erwächst die dringende Aufgabe, selbst teilzunehmen an dem großen Befreiungswerk der Arbeiterschaft, damit Erleichterung in ihrem Dasein auch geschaffen werde. Das soll die Schlussfolgerung sein... Anna Jammert.

Körperkultur.

1. Schönheitspflege ist notwendig für Mann und Frau, vor allem natürlich für die Frau.
2. Die Aufschmungen über Schönheit wechseln. Wichtig ist Gepflegtheit, wichtiger zuweilen als Schönheit.
3. Sorge stets für genügenden Schlaf und gute Durchlüftung des Schlafzimmers.
4. Wenn du dich pudest und schminkst, nimm abends vorm Schlafengehen mit einem guten Fetterserwider, Schminke und den Staub des Tages von der Haut. Führe schnell mit nassem Schwamm über das Gesicht, erst mit warmem, dann mit kaltem Wasser, trockne leicht ab und fette die Haut noch zur Nacht mit einem guten Creme ein.
5. Ist deine Haut empfindlich oder großporig, so sehe dem Waschwasser 2 Eßlöffel Borax oder Mann oder 1 Eßlöffel Glycerin zu. Bei trockener Haut wasche wenig, benutze Cremes oder Oele. Bei fettiger Haut ist häufiges Waschen mit Seife möglich.
6. Miteffer beseitigt du oft schon durch Abreiben mit frischer Zitrone; sind es viele, nimm Vinssteinpulver oder Marmorseife. Benutze Gesichtsdampfbäder.
7. Benutze nur neutrale oder überfettete Seifen.
8. Kergert dich deine Nase durch rötlichen Schimmer, so wasche dich nur mit warmem Wasser.
9. Ruhe eine halbe Stunde nach getaner Arbeit.
10. Sorge für geordnete Verdauung, is mäßig, verzeh nicht Obst und Gemüse.
11. Galt du Zeit, mehr für die Pflege deiner Haut zu tun, so mache jeden Morgen gymnastische Übungen, das erwärmt den Körper, dann wasche dich mit heißem Wasser ab, lasse kaltes Wasser nachfolgen und frorriere. Am Schluß Einreiben des Gesichtes mit feinem Öl. (Randelöl.)
12. Laß Luft und Licht an deiner Körper und in die du bewohnen Räume.
13. Wade oft, aber nie lange, sonst wird die Haut rau und spröde.
14. Vergiß bei der Körperpflege die Hände nicht und nicht die Füße.
15. Nimm dir zur Pflege des Körpers Zeit, nimm sie dir aber auch zum Essen.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Das erste Wissen um die Dinge, die zwischen Mensch und Mensch seine Fäden spinnen, wurde Andreas in dem Augenblicke, als er, in der Dämmerung, ohne zu hören die heftigen Worte Pastor Brudersens hörte. Seit diesem Tage begann er für sich, ohne mit Jaschu oder Suscha Rat zu halten, ein eigenes Gribeln und Nachsinnen. Stieß er auch in diesem Verwirrungs- und Fährtenlesen an hundert verschlossene Tore, blieb auch vieles im Dunkel liegen und schmerzte auch oft genug die Vergeblichkeit des Suchens, in seiner unberührten Tiefe blieb ein Schein erwachenden Verstehens und Bekennens. Die Wandlung vom Kinde, das gläubig und ohne tiefer nachzufühlen alles in sich aufnimmt, zum wachsamem und auch zweifelnden Jüngling, der eigene Regungen aufsteigen fühlt, lag in diesen Tagen.

So nahm Andreas zu dem Ereignis, das ihm bevorstand, zur Eingekerkelung, nicht mehr die gleiche Einstellung ein, wie noch wenige Wochen vorher. Die kritischen Worte Jaschus, die bislang bei seinem Ohre vorbeigeklingelt waren, wurden zu ernstlichen Fragen, die bis zum Einschlafen das Herz und das Hirn bedrückten und quälten.

Jaschu Gonschorech hatte am Palmsonntag, als die freilichen Weibenzweige, die Pächchen, bereits im Gornitzschhause standen, gesagt: „Wir können alle zusammen zur Kirche gehen.“

Aber Suscha widersprach: „Geh lieber voraus, Jaschu. Ich möchte die Wegstunde für mich und Andreas allein haben. Tags darauf muß ich doch schon wieder fort.“

Der Alte wandte Einiges ein. Doch Suscha ließ sich nicht abbringen.

„Es bleibt dabei!“ sagte sie kurz und bestimmt, ganz anders, als es sonst ihre Art war. Der Alte war verdröppelt. Er hatte sich von dem feierlichen Auszuge der vier besonders viel versprochen und war immer ärgerlich, wenn es nicht nach seinem Willen ging. Heute blieb ihm nichts übrig, als sich brummend zu fügen. Erst als Ruhme Wicka Mosch mit dem alten Jaschu hinter den Häumen verschwunden war, machte sich Suscha mit Andreas zum Kirchzuge bereit. Stumm gingen beide nebeneinander bis zum Waldrande, der die Worowooer Flur auf- und abschloß und den ausgefahrenen Weg nach Friedrichshammer in seine kühlen, schattigen Arme nahm. Das Halbdunkel umfing sie. Nur schmale, längliche Lichtflecke tanzten auf der hellen, sandigen Erde. Die Milde des zeitigen Frühlingstages regte zum Vor-sich-hin-Träumen an. Auf halbem Wege unterbrach Suscha das Nachdenken und Schweigen: „Nun gehen auch unsere Wege für eine lange Zeit auseinander, Andreas! Nun bleib, der du immer gewesen bist. Einmal begegnen sich unsere Wege wieder. Bis dahin behalt ein gutes, rechtschaffenens Bild von mir im Herzen.“

Andreas krieg das Blut in das Gesicht. Er empfand, daß er nun eine Antwort geben mußte, die aus dem Grubeln der letzten Wochen und Tage kam. Ein leuchtendes Schämchen brachte sein Herz zum schnellen Schlagen und schloß seine Rippen. Suscha ahnte das innere Ringen. Mütterlich weich zog sie ihn an sich und legte den Arm um ihn.

„Du trägst eine Sorge mit dir herum“, haßte sie, „vielleicht hab' ich nicht daran gedacht, daß du in die Jahre des Fragens kommst. Laß dir diesen Tag und die kommenden nicht verbunkeln. Einmal steht doch Licht über alles. Andreas! Ueber alles!“

Er sah dankbar zu ihr auf. Da nahm sie sein Gesicht in die Hände und küßte ihn auf den jugendfrischen Mund. Dann riß er sich los und ging mit raschem, ausgreifendem Schritte neben ihr her.

Wie sah sie doch statlich aus. Sie trug das breite, weit-abstehende, schwarze Sonntagsgewand der Worowooerinnen, das an den Hüften in unendlich vielen Falten und Fältchen zusammengerufft war und das von dem schwarzseidenen, buntfarbenen Schürteruch überdeckt wurde. Unter dem Spitzenkopftuche lugten die feigenen Mondhaare hervor, als siele ein goldener Sonnenschein durch die Zweige auf die klare, glatte Stirn. „Sie ist doch die Schönste von allen Mädchen“, sagte sich Andreas immer wieder, wenn er verstohlen seinen Blick zu ihr schickte.

„Nimm, Andreas!“ sagte sie beim Vorbeigange, „damit du keine Schande hast!“

Sie brückte ihm einen großen, echten Silbertaler in die Hand.

„Das braucht nicht zu sein. Ich bin ein armer Findling!“ wies er ab.

„Dein Name steht auf dem Papier. Wickle das Geld ein. Wenn du mit den Eingekerkelten um den Altar gehst, laßst du das Geld in das Opferbeden. Die Bauern geben auch nur einen Taler. Wenn du aus Worowo fortgehst, soll niemand hinter dir herrehen, du wärest dem Pastor Brudersens das Einsegnungsopfer schuldig geblieben. Nimm's! Es kommt von mir.“

Andreas hielt das Geld unschlüssig in der Hand. Als sie sich vor der Kirchentür voneinander trennten, steckte er den eingewickelten Taler in die Tasche und beschloß, während der Predigt zu überlegen, ob er das viele Geld opfern könnte.

Nach der Predigt begann die Prüfung der Konfirmanden, Gesang und Abendmahl. Pastor Brudersens gehörte zwar nicht zu den Seelhergen, die erst dann mit ihrer Rede zufrieden sind, wenn sie die Gemeinde zu Tränen gerührt haben, doch an diesem sonntigen Palmsonntage, im Anblick der feiertäglich gekleideten Kinder, wagte er doch an die Herzen behutend anzuklopfen. Andreas kämpfte während der Predigt und der Prüfung immer noch den inneren inneren Kampf.

Wenn ein Zeichen vom Himmel käme“, dachte er in seiner kindlichen, tiefen Gläubigkeit, „wenn der Heiland am Kreuze auf dem Altar nieder würde.“

Er wandte seinen Blick nicht vom Kreuzgen. Doch es kam kein Zeichen. War er nun frei? Konnte er nun von den eigenen Willen handeln und eine angetane Schwach in seiner Art ändern? Der Gedanke kam nicht mehr aus seinem Kopfe. Mit leeren Händen verabschiedete er sich. „Das ist Pastor aus dem Nachbedenke spielte. Gedankenlos ließ er sich vor dem Kreuze der Kinder mischen, als der Umgang begann. Er sah seine Hand an. Auf der Rückseite des Altars stand ein dem höheren Schmelz der glänzende Opferkerze. Jedes Kind hatte die eingewickelte und mit des eigenen Namen bezeichnete Opfergabe auf den Teller. Andreas hielt die Hand in der Tasche, das Geldstück fest umschlossen. Bis dahin hätte ein Gedanke: „Ist das nicht Geld?“ durch den Kopf. Doch er sah die Lippen zittern, heute im der Stimm verhalten. Das Geldstück steckte noch in der Tasche. Er wird es sich erklären können, wenn seine Gabe fehlt“, dachte er selber. Das Geld ging mit den Eingekerkelten zum Altar.

In der Kirchentür stand Suscha, Ruhme Wicka Mosch und Jaschu Gonschorech. Der Alte wachte über den Bart, der an die Lippen hing und wachte sich, unmerklich und gerührt, zu Suscha hin.

Suscha nahm den Eingekerkelten zuerst in die Arme.

„Wie bist du froh, Andreas!“ sagte sie.

Er konnte ihr nicht in die Augen sehen, sondern wies nur das Geldstück vor und gestand schluchzend: „Hier ist es wieder. Ich konnte nicht.“

Suscha wurde bleich. „Das ist nicht recht von dir, Andreas“, tabelte sie, „Gleiches mit Gleichem zu vergelten, ist nicht recht. Tu mir's zuliebe und trag's noch hin!“

Ihre Stimme rührte ihn. Er zog mit gesenktem Kopfe wieder in die Kirche, rannte durch den langen Gang hinter den Altar: Der Schmelz stand noch an seinem Flecke, aber der Zinnteller war fort.

„Was suchst du hier?“ fragte barsch der Pfister.

„Ich muß das Opfergeld noch abgeben.“

„Geh in die Sakristei. Der Pastor überzählt den Segen von heute.“

Die Tür zur Sakristei war nur angelehnt. Andreas trat ein und fand Pastor Brudersens beim Aufstapeln der Taler, Markt- und Großgroschenstücke.

„Und?“ fragte er kurz angebunden.

„Ich bring' mein Opfer. Ich hab' es vergessen!“ stotterte Andreas.

„Gib her!“ sagte Pastor Brudersens ärgerlich.

Andreas reichte das Bündchen mit gesenktem Blicke hin. Pastor Brudersens küßte den Taler durch das Papier hindurch.

„Einen Taler? Wie die Bauern?“ fragte er freundlicher. Andreas nickte.

„Dann geh mit Gott, mein Junge!“ erwiderte Pastor Brudersens und reichte Andreas die Hand.

Als Andreas auf den Vorplatz kam, sah ihn Suscha mit großen, fragenden Augen an. Er nickte und freute sich dabei selbst, als er ihr zufriedenes Gesicht sah. Dann nahm ihn Ruhme Wicka Mosch und zuletzt Jaschu Gonschorech in die Arme und er bekam seinen üblichen Einsegnungs- und Abendmahlstisch. Der Alte konnte dabei einen Scherz nicht unterdrücken und beehrte den Abendmahlstisch auch von Suscha.

„Was man in der Jugend in Fülle hat, muß man im Alter entbehren!“ wies ihn mit frohem Lachen Suscha ab.

Dann gingen sie miteinander heim. Als sie den Wald erreichten, nahm Suscha den Ruben unter den Arm und ging mit ihm, eng aneinander geschmiegt, den schmalen Waldsteig entlang.

„Ihr seid wie ein Brautpaar“, vergalt Jaschu die vorangegangene Ablehnung.

„So mag es hingehen“, erwiderte Suscha und zog Andreas ganz an sich. Andreas hatte sie noch nie so froh gesehen. Glückselig lief er neben ihr her und versuchte gleichen Schritt zu halten. Gern hätte er es gesehen, wenn alle Worowooer diesen Heimgang erschaut hätten. So sahen nur der Worowooer Wald und die Vögel dem Glücke zu.

„Ich hab' mir noch eine Freude für dich ausgedacht“, begann sie unterwegs und suchte in der Rocktasche. „Bei deiner Taufe hab' dir der Amtsvorsteher ein goldenes Zwanzigmarsstück ein. Ich hab's bislang aufgehoben und dir nun in Sachen das ... dafür gekauft.“

(Fortsetzung folgt.)

Verfassungstag.



Sie haben dir das Glück zerschlagen,
Das hell dem Mittag leben will.
Und immer sollst du, Volk, entsagen
Und trägst es dumpf und duldest still.
Und alles, was auf Erden leuchtet
Und Kraft und Weg aus Blut gewinnt,
Ist Schweiß, der deine Stirnen feuchtet
Und wie dein Blut umsonst verinnt.

Und du wirst doch die Weise singen,
Die deines Mittags Flug beseelt.
Du wirst die Sonne dir erzwingen
Und holen, was der Freude fehlt.
Dein Weg im Gang mit Sturm und Wellen
Ist fluten nach dem Sonnenschein.
Es steht ein Wort in heiligen Lettern,
Und das soll deine Sprache sein.

Es glüht ein Wort, das wir geschrieben
In eines Sommers schwerem Brand.
Das Wort ist groß und stark geblieben
Und hütet deiner Freiheit Land.
Es ward nicht ungefühnt gebrochen,
Was eines Volkes Recht erzwang.
Was wir geschrieben und versprochen,
Geht in die Zukunft mächtigen Gang.

Wir haben es in Not erfunden,
Wir gruben Schrift, vom Leid vertieft.
Was wir auf Trümmern kühn begonnen,
Wahrt unsrer Enkel Recht verbrieft.
Und wie ein Wetter doch zur Wende
Des Dunklen um die Wolken fährt,
So führen wir zu großem Ende
Das Recht, das allen Recht gewährt.

Den Mut geschwellt! Dein Sturmbegehren
Sei dieses Sommers Blut und Flug.
Wir werden Wort des Volkes lehren,
Wir bitten schweigend lang genug.
Zerschlagen wird in Scherben sinken,
Was eng um uns wie Ketten lag.
Wenn hoch des Sieges Fahnen winken,
Dann feiert Volk Verfassungstag.

Franz Rothensfelder.

Uns blieb die Sonne trüb verhangen,
Die Uhren reisten leer und kalt.
Wenn heiße Hände Sensen schwangen,
Hielt Zürnen jede Hand geballt.
Und stünde hoch die Sonne oben,
Wir ernten nie, was wir gesät.
Uns wird ein Hungertuch gewoben,
Das Hoffen streut, die Sorge mäht.

Sie haben uns das Licht umdämmert
Mit würgender Gesehe Trug,
Und jede Hand der Arbeit hämmert,
Was wild das Herz des Volkes schlug.
Dem hellen Tag ist hart entglommen
Das Feuer, das uns sengt und zehrt.
Sie haben uns das Recht genommen,
Das unsrer Ernte Frucht begehrt.

Menschen der Freiheit.

An der Fahne allein soll niemand unser
künftig Volk erkennen; es muß sich alles ver-
jüngen.
Friedrich Hölderlin.

Die Widen vorwärts. Neuland ist unser Ziel. Und im
Hindus auf das kommende feiern wir das, was wir uns aus
dem Lauen heraus erzwingen haben.

Unser: machtlos und rechtslos lebten wir im Obrigkeit-
staate. Im Wahlrecht standen hundert schaffende Menschen
einem Besessenen gleich, und auch die wirtschaftliche Unter-
drückung der sozial Schwachen wurde von sozialen Paragra-
phen funktioniert, in das Gesicht des alten Staates die wirt-
schaftlich abhängigen Menschen im kämpferischen Erzwingen
ihrer Freiheit hinderte. Der Staat war auch politisch nur
Klassenstaat. Auch politisch gab es Herrn und Knechte, Men-
schen höheren und niedrigeren Rechts.

Es ist ein ungeheurer Schritt vorwärts zur sittlichen Ge-
staltung des Zusammenlebens, daß die Republik uns die poli-
tische Gleichheit gebracht. Republik ist Freiheit und Schwarz-
rot-Gold das Symbol politisch gleichberechtigter Volksgenossen.
Wir sind stolz auf diese Ordnung des politischen Zusam-
menlebens und wir hüten sie. Niemand soll wagen, an dieser
Freiheit zu rütteln! Freiheit ist heilig!

Republik ist mehr als staatliche Ordnung. Republik ist
der politische Ausdruck des Rechts auf das Selbst. Auf die Frei-
heit unserer Würde. Auf die Würde der Persönlichkeit. Und
mit der Möglichkeit frei-persönlicher Entfaltung ist die Re-
publik der politische Boden der Gemeinschaftswelt.

Nur dann sind Menschen frei, wenn alle frei sind. So
lange auch ein einziger noch unfrei ist, ist Freiheit nicht. Frei-
heit ist Gemeinschaft zur Voraussehung. Und die Republik
ist die politische Voraussehung für beides.

Republikaner zu sein, ist darum eine Aufgabe an uns und
den Menschen. Nicht am leuchtenden Banner allein sollen
Menschen erkennen, daß die Republik unsere Staatsform ist.
Auch an den Menschen. Ihrer Freiheit. Ihrem Stolze, der kein
Oben und Unten kennt. Ihrer Verantwortung gegen die Pflich-
ten, die die Staatsform der Freiheit den Menschen gibt.

Nur republikanische Menschen sind der freien
Staatsform würdig. Menschen, die auch selber im Zusammen-
leben diese Freiheit achten, im Kreise der Kollegen, der Fa-
milie, ihrer Organisation.

Ich kann nicht Unrecht sehen, wo es auch sei, weil Unrecht
nicht Freiheit ist.

Ich kann nicht als Vereinzelter leben, weil nur Solidari-
tät die Freiheit zu erzwingen imstande ist.

Ich kann nicht ruhen, wenn es zu tun gibt, da Han-
deln nur vorwärts zur Freiheit führt.
Ich kann nicht Gewalt und Zwang üben, weil der
geitige Gedanke der Freiheit wachsen und reifen muß und
geschützt sein will als Heiligtum des innerlichen Menschen.
Ich stehe in Ehrfurcht vor Recht, in Ehrfurcht vor Men-
schen. Ich schaffe und strebe und kämpfe für Menschen, da nur
Zat und Kampf und Opfer höchstes Glück der Freiheit ist.
Dr. Gustav Hoffmann.